



Protokoll

der 21. Sitzung, Amtsjahr 2026 / 2027

Mittwoch, den 24. Juni 2026, um 9:00 Uhr

Vorsitz: *Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung

Abwesende: *Lydia Isler-Christ (LDP), Raffaella Hanauer (Grüne/jgb), Fleur Weibel (Grüne/jgb).*

Verhandlungsgegenstände:

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung	2
2.	Entgegennahme der neuen Geschäfte	3
3.	Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Johannes Sieber, ehem. GLP)	3
4.	Wahl eines Mitglieds der Gesundheits- und Sozialkommission (Nachfolge Raoul I. Furlano, LDP)	4
5.	Wahl eines Mitglieds der Disziplinarkommission (Nachfolge Raoul I. Furlano, LDP)	4
6.	Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Melanie Eberhard, SP)	5
7.	Vorschlag zur Wahl eines nebenamtlichen Richters am Strafgericht Basel-Stadt für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022 – 2027, Bericht der WVKo (Nachfolge von Monika Guth Eichner)	6
8.	Bericht der Finanzkommission zur Jahresrechnung 2025 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zur Rechnung 2025 der fünf kantonalen Museen	7
9.	Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2025 des Regierungsrats	30



Beginn der 21. Sitzung

Mittwoch, 24. Juni 2026, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[24.06.26 09:00:07]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich begrüsse Sie zu unserer heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen.

Neues Ratsmitglied: Ich habe die Freude, ein neues Mitglied in unserem Rat begrüssen zu dürfen. Lukas Hug, LDP, nimmt den Platz des zurückgetretenen Raoul Furlano ein. Ich bitte Lukas Hug, sich kurz von seinem Sitz zu erheben. Ich wünsche Lukas Hug für seine verantwortungsvolle Aufgabe alles Gute und heisse ihn herzlich willkommen. (*Applaus*).

Abstimmungskarten einstecken: Hier wieder mein Hinweis, dass Sie Ihre Abstimmungskarte einstecken müssen. Beim Einstecken bis 9.30 Uhr gibt es Sitzungsgeld.

Abstimmen in Abwesenheit: Das Ratsbüro hat in den letzten Wochen die Prozesse zum Abstimmen in Abwesenheit überarbeitet und angepasst. Sie finden die entsprechenden Informationen des Ratsbüros sowie das angepasste Reglement und die angepasste Erklärung auf Ihren Tischen. Für eine Teilnahme im September müssen Sie die neue Erklärung vorab unterzeichnen und dem Parlamentsdienst abgeben. Nur damit ist eine Teilnahme möglich. Das neue Reglement tritt ab dem 1. September in Kraft und ist für die Septembersitzung gültig. Falls Sie Fragen zum Abstimmen in Abwesenheit haben, können Sie sich gerne an das Ratsbüro oder an den Parlamentsdienst wenden.

Rücktritt einer nebenamtlichen Richterin: Daniela Thurnherr hat ihren Rücktritt als nebenamtliche Richterin am Appellationsgericht per 30. September 2026 eingereicht. Sie wurde am 17. Juni von der Vereinigten Bundesversammlung zur ordentlichen Bundesrichterin gewählt. Wir danken Daniela Thurnherr für die in diesem Amt geleisteten Dienste. Das Geschäft geht an die Wahlvorbereitungskommission.

Jahrestagung IPK Nordwestschweiz: Die Vorankündigung zur diesjährigen Tagung der Interparlamentarischen Konferenz der Nordwestschweiz, IPK ist Ihnen gestern per Mail zugestellt worden, damit das Datum bei Interesse bereits heute reserviert werden kann. Der Anlass findet am Freitag, 30. Oktober am Morgen in Liestal statt. Thema werden die Spielregeln und die Potenziale der künstlichen Intelligenz in Politik und Verwaltung sein. Die Einladung mit allen Details folgt nach den Sommerferien.

Geburtstag: Eric Weber feiert heute seinen 63. Geburtstag und hat aus diesem Anlass Gipfeli im Vorzimmer spendiert. Vielen Dank im Namen des Grossen Rates und herzliche Gratulation zum Geburtstag. (*Applaus*)

Das waren meine Mitteilungen, wir kommen damit zur Tagesordnung.

Dringliche Traktandierung: Die Geschäftsprüfungskommission beantragt, ihren Bericht dringlich zu traktandieren, da die 3-Wochenfrist nicht eingehalten werden konnte. Wünscht der Präsident der GPK das Wort? Er verzichtet. Wir stimmen nun über die Dringlichkeit ab. Es benötigt ein Zweidrittelmehr.

2/3-Abstimmung

Wer der dringlichen Traktandierung zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. [*Abstimmung # 0009176, 24.06.26 09:04:01*]

Der Grosse Rat beschliesst



dringliche Traktandierung des Jahresberichts der GPK.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben der dringlichen Traktandierung mit 87 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und einer Enthaltung zugestimmt. Der Bericht wird, wie in der Tagesordnung aufgeführt, nach der Jahresrechnung behandelt. Sie haben die Tagesordnung stillschweigend genehmigt.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[24.06.26 09:04:22]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es liegen keine Wortmeldungen zur Entgegennahme der neuen Geschäfte und zu den Zuweisungen an die Kommissionen vor. Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie mit der vom Büro vorgeschlagenen Zuweisung dieser Geschäfte einverstanden sind. Sie haben so beschlossen.

3. Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Johannes Sieber, ehem. GLP)

[24.06.26 09:04:46]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich beantrage Ihnen, die Wahlen bei den Traktanden 3 bis 6 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Die Abstimmungen werden einzeln durchgeführt. Für offene Wahlen braucht es die Zustimmung eines Zweidrittelmehrs, also doppelt so viele Ja-Stimmen wie Nein-Stimmen. Wir kommen damit zur Abstimmung der offenen Wahl.

2/3-Abstimmung

JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009180, 24.06.26 09:05:52]

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahlen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 86 Ja-Stimmen für offene Wahlen entschieden. Gemäss § 14 Abs. 1 der Geschäftsordnung bleibt die Fraktionszusammensetzung der Kommissionen während der gesamten Amtsperiode unverändert. Es sind deshalb nur Wahlvorschläge zulässig, welche auf Mitglieder der Fraktion GLP lauten. Für die Wahl als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission von der Fraktion GLP vorgeschlagen wurde Sandra Bothe-Wenk. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen, wir kommen damit zur offenen Wahl.



Abstimmung

JA heisst Wahl von Sandra Bothe-Wenk, NEIN heisst Nichtwahl .

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009182, 24.06.26 09:06:59]

Der Grosse Rat beschliesst

die Wahl von Sandra Bothe-Wenk

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben Sandra Bothe-Wenk mit 87 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und keiner Enthaltung in die GPK gewählt. Ich gratuliere Sandra Bothe-Wenk zur Wahl als Mitglied der GPK und wünsche ihr viel Freude und Erfolg im neuen Amt.

4. Wahl eines Mitglieds der Gesundheits- und Sozialkommission (Nachfolge Raoul I. Furlano, LDP)

[24.06.26 09:07:23]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Für die Wahl als Mitglied der GSK von der Fraktion LDP vorgeschlagen wurde Philip Karger. Wählbar sind Mitglieder der Fraktion LDP. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen, wir kommen damit zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl von Philip Karger, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009185, 24.06.26 09:08:11]

Der Grosse Rat beschliesst

die Wahl von Philip Karger

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben Philip Karger mit 89 Ja-Stimmen und einer Enthaltung in die GSK gewählt. Ich gratuliere Philip Karger zur Wahl als Mitglied der GSK und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt.

5. Wahl eines Mitglieds der Disziplinarkommission (Nachfolge Raoul I. Furlano, LDP)

[24.06.26 09:08:33]



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Für die Wahl als Mitglied der Disziplinarkommission von der Fraktion LDP vorgeschlagen wurde Philip Karger. Wählbar sind Mitglieder der Fraktion LDP. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen, wir kommen damit zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl von Philip Karger, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009188, 24.06.26 09:09:23]

Der Grosse Rat beschliesst

die Wahl Philip Karger.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben Philip Karger mit 89 Ja-Stimmen und einer Enthaltung in die Disziplinarkommission gewählt. Ich gratuliere Philip Karger zur Wahl als Mitglied der Disziplinarkommission und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt.

6. Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Melanie Eberhard, SP)

[24.06.26 09:09:46]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Für die Wahl als Mitglied der Regiokommission von der Fraktion SP vorgeschlagen wurde Seyit Erdogan. Wählbar sind Mitglieder der Fraktion SP. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen, wir kommen damit zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl von Seyit Erdogan, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009191, 24.06.26 09:10:32]

Der Grosse Rat beschliesst

die Wahl von Seyit Erdogan.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben Seyit Erdogan mit 89 Ja-Stimmen und einer Enthaltung in die Regiokommission gewählt. Ich gratuliere Seyit Erdogan zur Wahl als Mitglied der Regiokommission und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt.



7. Vorschlag zur Wahl eines nebenamtlichen Richters am Strafgericht Basel-Stadt für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022 – 2027, Bericht der WVKo (Nachfolge von Monika Guth Eichner)

[24.06.26 09:10:57, 26.5140.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Wahlvorbereitungskommission beantragt Dr. iur. Adrian Schaub als nebenamtlichen Richter am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer zu wählen. Eine inhaltliche Diskussion über kandidierende oder vorgeschlagene Personen findet gemäss § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung nicht statt. Innerhalb der gesetzlichen Frist von vier Wochen gemäss § 76 Abs. 2 der Geschäftsordnung sind keine weiteren Wahlvorschläge eingegangen. Das Wort geht nun an die Wahlvorbereitungskommission und deren Präsidenten Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Im Namen der Wahlvorbereitungskommission darf ich den Wahlvorschlag für die Neubesetzung einer Stelle als nebenamtlicher Richter am Strafgericht Basel-Stadt unterbreiten. Die Ersatzwahl wurde notwendig, da Frau Dr. iur. Monika Gut-Eichner am 15. April 2026 zur Gerichtspräsidentin am Strafgericht gewählt wurde und folglich per 20. April von ihrem Amt als nebenamtliche Richterin zurücktrat. Um die Arbeitslast infolge bestehender Vakanzen am Strafgericht zu bewältigen, ist eine rasche Wiederbesetzung für den Rest der Amtsdauer bis Ende 2027 angezeigt.

Auf die Ausschreibung hin reichte die FDP-Fraktion fristgerecht die Bewerbung von Herrn Dr. iur. Adrian Schaub ein, weitere Kandidaten sind nicht eingegangen. Im Gespräch mit der Kommission betonte Herr Schaub, dass er das Richteramt als einen wesentlichen gesellschaftlichen Beitrag und als Grundpfeiler unseres Rechtsstaates versteht. Er möchte seine langjährige juristische Erfahrung einbringen und dabei seinem bereits seit Studientagen bestehenden Interesse am Strafrecht und der Kriminologie nachgehen.

Die Wahlvorbereitungskommission hat die Wählbarkeitsvoraussetzungen geprüft und ein persönliches Gespräch mit dem Kandidaten geführt. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Dr. iur. Adrian Schaub verfügt über die notwendige Fachkompetenz, die notwendige Erfahrung und die persönliche Integrität für dieses anspruchsvolle Amt am Strafgericht. Die Wahlvorbereitungskommission beantragt Ihnen daher einstimmig, Herr Dr. iur. Adrian Schaub für den Rest der laufenden Amtsdauer bis zum 31. Dezember 2027 als nebenamtlicher Richter am Strafgericht zu wählen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und empfehle die Wahl zur Unterstützung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Gemäss § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung findet die Wahl geheim statt. Wenn nicht mehr Kandidatinnen und Kandidaten vorgeschlagen sind, als gewählt werden können, kann der Grosse Rat mit zwei Dritteln der Stimmen offene Wahlen beschliessen. Ich beantrage Ihnen die offene Wahl. Wir kommen damit zur Abstimmung über eine offene Wahl mit einem Zweidrittelmehr.

2/3-Abstimmung

JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009194, 24.06.26 09:14:49]

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahlen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 85 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und keiner Enthaltung für offene Wahl entschieden. Wir kommen damit zur Abstimmung.



Abstimmung

Wer dem Antrag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl von Adrian Schaub zustimmt, stimmt Ja, wer nicht zustimmt, stimmt Nein.

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009196, 24.06.26 09:15:31]

Der Grosse Rat beschliesst

die Wahl von Adrian Schaub.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 87 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und auch keiner Enthaltung Adrian Schaub gewählt. Ich gratuliere Adrian Schaub zur Wahl als Richter am Strafgericht und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt.

8. Bericht der Finanzkommission zur Jahresrechnung 2025 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zur Rechnung 2025 der fünf kantonalen Museen

[24.06.26 09:15:59, 26.5134.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Finanzkommission zur Jahresrechnung 2025 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zur Rechnung 2025 der fünf kantonalen Museen. Zu diesem Geschäft begrüsse ich auf der Regierungsbank auch den Präsidenten des Gerichtsrates, Herrn Stephan Wullschleger.

Die Finanzkommission beantragt, die Jahresrechnung 2025 zu genehmigen. Ich gebe Ihnen den Ablauf der Beratung der Jahresrechnung bekannt. Zuerst erfolgt eine allgemeine Debatte über den Bericht der Finanzkommission und die Jahresrechnung, in welcher zunächst der Präsident der Finanzkommission das Wort erhält. Danach spricht die Präsidentin der BKK, welche einen Mitbericht zu den kantonalen Museen verfasst hat. Seitens der übrigen Sachkommissionen wurden keine weiteren Mitberichte eingereicht. Nach den Kommissionen sprechen die Finanzdirektorin, der Vorsitzende des Gerichtsrates, anschliessend die Fraktionen je maximal zehn Minuten und dann die Einzelvotierenden je maximal fünf Minuten. Das erste Schlusswort zum Eintreten hat der Vorsitzende des Gerichtsrates, danach die Finanzdirektorin sowie die Präsidentin der BKK und das ultimative Schlusswort hat wieder der Präsident der Finanzkommission. Nach dem Eintreten folgt eine departementsweise Detailberatung. Am Schluss folgt dann die formelle Beratung des Grossratsbeschlusses auf Seite 57 des Berichts der Finanzkommission und die Schlussabstimmung.

Gibt es zu diesem Ablauf Wortmeldungen? Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie mit diesem Vorgehen einverstanden sind. Das Wort hat nun der Präsident der Finanzkommission Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich darf Ihnen auch in diesem Jahr namens der Finanzkommission über die Jahresrechnung des Kantons Basel-Stadt berichten. Die Finanzkommission hat die Rechnung 2025 im Rahmen ihrer Klausur mittels schriftlicher Fragen sowie Hearings mit sämtlichen Departementen und den Gerichten vertieft geprüft. Zusätzlich stützte sie sich auf die Erkenntnisse und Prüfberichte der Finanzkontrolle.

Der Kanton Basel-Stadt schliesst das Rechnungsjahr 2025 mit einem Überschuss von rund 12 Mio. Franken ab. Das Ergebnis liegt damit leicht über Budget und bestätigt unsere grundsätzlich solide finanzielle Verfassung. Gleichzeitig zeigt die Rechnung aber auch, dass sich die finanzielle Ausgangslage gegenüber den Vorjahren verändert hat. Nachdem Basel-Stadt in den vergangenen Jahren teils sehr hohe Überschüsse erzielen konnte, sind die Spielräume heute deutlich kleiner geworden. Der strukturelle Überschuss ist weitgehend abgebaut, wie es auch die Vorsteherin des Finanzdepartements, Regierungsrätin Tanja Soland, immer wieder an verschiedener Stelle auch hier in diesem Saale jeweils erwähnt.



Auf der Ertragsseite präsentiert sich das Bild weiterhin erfreulich. Die Steuererträge entwickelten sich auch im Rechnungsjahr 2025 insgesamt stabil. Besonders hervorzuheben sind die Unternehmenssteuern, welche deutlich über dem Vorjahr lagen. Ebenfalls erfreulich ist die Gewinnablieferung der Basler Kantonalbank, insgesamt erhielt der Kanton 125 Mio. Franken aus der BKB, was etwa 44 Mio. Franken höher ist als erwartet, dies einerseits bestehend aus der ordentlichen Gewinnablieferung sowie einer zusätzlichen Jubiläumsausschüttung. Die Finanzkommission nimmt dies positiv zur Kenntnis, weist aber gleichzeitig darauf hin, dass das Ergebnis der Rechnung 2025 unter anderem durch solche einzelne Sondereffekte positiv beeinflusst wurde und nur deshalb im Plus abschloss.

Bei den Steuererträgen zeigen sich weiterhin erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Kategorien. Während sich die Unternehmenssteuern sehr positiv entwickelten und das Budget um gut 99 Mio. Franken übertraf, verliefen andere Steuerarten, beispielsweise die Einkommenssteuern mit 52 Mio. Franken unter Budget oder die Quellensteuern mit 61 Mio. Franken unter Budget, anders als erwartet. Hinzu kommt erstmals die Ergänzungssteuer im Zusammenhang mit der OECD-Mindestbesteuerung. Hier fehlen naturgemäss noch Erfahrungswerte. Die Finanzkommission hält deshalb fest, dass die Ertragsentwicklung des Kantons weiterhin von einzelnen volatilen Faktoren abhängig bleibt.

Ebenfalls richtig erscheint der Finanzkommission die weiterhin vorsichtige Budgetierung der Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, wie stark diese Erträge dann jeweils schwanken können. Einen wesentlichen Einfluss auf die Rechnung 2025 hatte zudem die Umsetzung der OECD-Mindestbesteuerung und des vom Stimmvolk beschlossenen Basler Standortpakets, ich komme später nochmals darauf zurück.

Gemäss den Ausführungen des Regierungsrates stiegen die Zahlungen des Kantons Basel-Stadt in den nationalen Finanzausgleich von 140 Mio. Franken im Jahr 2022 auf nun inzwischen 225 Mio. Franken an. Die Finanzkommission nimmt diese Entwicklung zur Kenntnis, der starke Anstieg der NFA-Zahlungen reduziert den finanzpolitischen Handlungsspielraum des Kantons und entzieht Mittel, welche für eigene Investitionen und kantonale Aufgaben fehlen können.

Die Finanzkommission stellt weiter fest, dass die strukturellen Ausgaben insbesondere in den Bereichen Soziales, Gesundheit und Bildung weiterhin ansteigen. So beliefen sich die Sozialkosten im Rechnungsjahr 2025 auf insgesamt 737 Mio. Franken, auch die Ausgaben im öffentlichen Verkehr entwickelten sich erneut deutlich nach oben. Die Kommission anerkennt, dass verschiedene dieser Entwicklungen demografisch oder gesetzlich bedingt sind und sich dem direkten Einfluss des Kantons teilweise entziehen. Gleichzeitig hält sie fest, dass sich das Ausgabenwachstum im Verhältnis zu den Einnahmen bewegen sollte. Der Regierungsrat selbst hielt gegenüber der Finanzkommission fest, dass daher künftig die Ausgaben stärker priorisiert werden müssten.

Dies gilt auch für den Personalbereich. Der kantonale Personalbestand ist erneut gewachsen und beläuft sich nun auf insgesamt 13'294 Mitarbeitende. Die Finanzkommission anerkennt die Gründe dafür in vielen Bereichen, gleichzeitig bleibt der Personalaufwand einer der wichtigsten strukturellen Kostentreiber des Kantons und verdient deshalb weiterhin besondere Aufmerksamkeit.

Ein weiterer Schwerpunkt der Beratungen waren die Themen Digitalisierung, Projektsteuerung und Ressourcenplanung. Die Kommission gewann den Eindruck, dass hier in den vergangenen Jahren zwar vieles angestossen wurde, die Abstimmung zwischen Projekten, verfügbaren Ressourcen und tatsächlicher Umsetzung jedoch noch verbessert werden muss. Dies zeigt sich auch bei verschiedenen Investitionsprojekten, die verzögert wurden.

Auch bei den Investitionen zeigt sich aus Sicht der Finanzkommission ein gemischtes Bild. Das Investitionsvolumen blieb mit 417 Mio. Franken zwar weiterhin hoch, allerdings wurde das budgetierte Investitionsvolumen erneut nicht vollständig ausgeschöpft. Die Investitionsrechnung erreichte lediglich einen Ausschöpfungsgrad von 82% gegenüber 86% im Vorjahr, Verzögerungen ergaben sich unter anderem bei der Trambeschaffung Plus, beim Neubau des Schulhauses Walkeweg, bei Projekten rund um das Universitätsspital sowie bei Infrastrukturvorhaben im Hafenbereich. Die Finanzkommission nimmt zur Kenntnis, dass verschiedene dieser Verzögerungen durch Einsparungen, Planungsanpassungen oder externe Faktoren verursacht wurden. Gleichzeitig zeigt sich jedoch aus Sicht der Kommission, dass Projektsteuerung, Priorisierung und Kapazitätsplanung weiterhin verbessert werden müssen, damit bewilligte Investitionen künftig verlässlicher umgesetzt werden können. Die Finanzkommission erwartet deshalb weiterhin Verbesserungen bei der Projektsteuerung, beim Controlling und bei der Abstimmung der vorhandenen personellen Ressourcen mit den geplanten Vorhaben, insbesondere sind wir sehr gespannt, wie der Regierungsrat künftig das Drei-Rollen-Modell umsetzen möchte. Hier wartet die Finanzkommission schon seit längerem auf entsprechende Aussagen des Regierungsrates, die sich leider auch vor der Sommerpause erneut verzögert haben. Positiv hervorheben kann man, dass Basel-Stadt trotz dieser Entwicklungen weiterhin über ein Nettovermögen verfügt und die Vorgaben der Schuldenbremse klar einhält. Das ist keine Selbstverständlichkeit und Ausdruck einer nach wie vor starken finanziellen Basis.

Nun gerne einige gesamtkantonale Feststellungen, zuerst zum OECD-Steuerpaket. Ein Thema, mit dem sich die Finanzkommission selbstverständlich vertieft befasst hat, ist eben genau dieses Basler Standortpaket im Zusammenhang mit der OECD-Mindestbesteuerung. Im Rechnungsjahr 2025 wurden erstmals in grösserem Umfang Fördermittel gesprochen, insgesamt gingen, so liess sich die Finanzkommission berichten, 88 Gesuche ein, bewilligt wurden Fördermittel von rund 246



Mio. Franken. Die Finanzkommission nimmt zur Kenntnis, dass damit genau jene Bereiche gefördert werden sollten oder sollen, welche für die Wettbewerbsfähigkeit Basels von zentraler Bedeutung sind. Gerade die Life Sciences-Industrie, die Forschungseinrichtungen und die innovativen Unternehmen bilden eine wesentliche Grundlage unseres Wohlstands und tragen massgeblich zu den Steuererträgen des Kantons bei.

Gleichzeitig stellte die Finanzkommission fest, dass ein grosser Teil der bisher gesprochenen Fördermittel an grössere Unternehmen geflossen ist. Dies überrascht angesichts der Struktur unserer Wirtschaft nicht. Dennoch wird es wichtig sein, dass auch kleinere und mittlere Unternehmen von den Instrumenten des Standortpakets profitieren können.

Die Finanzkommission anerkennt die grosse Bedeutung des internationalen Standortwettbewerbs, sie hält aber ebenso fest, dass mit dem Standortpaket sehr erhebliche finanzielle Mittel eingesetzt werden, entscheidend wird deshalb nicht die Höhe der gesprochenen Beiträge sein, sondern deren Wirkung. Die zentrale Frage wird lauten: Gelingt es mit diesen Investitionen tatsächlich, Arbeitsplätze, Forschung, Innovation und Wertschöpfung langfristig in Basel zu halten oder neu anzusiedeln? Die Finanzkommission erwartet deshalb, dass die Wirkung der eingesetzten Mittel in den kommenden Jahren sorgfältig überprüft, transparent ausgewiesen und kritisch hinterfragt wird. Nur so kann beurteilt werden, ob das Standortpaket die Erwartungen erfüllt, welche Bevölkerung und Politik mit diesem Instrument verbunden haben.

Ein weiterer Punkt, der sich wie ein roter Faden durch verschiedene Departemente gezogen hat, betrifft die Energie-, Betriebs- und Unterhaltskosten. Die Finanzkommission stellt fest, dass diese Kosten in den vergangenen Jahren in zahlreichen Bereichen spürbar angestiegen sind. Dies betrifft nicht nur die Energiepreise selbst, sondern auch höhere Materialkosten, steigende Anforderungen an den Gebäudeunterhalt sowie zusätzliche Aufwendungen für den Betrieb und die Bewirtschaftung der kantonalen Infrastruktur. Die Kommission anerkennt, dass viele dieser Entwicklungen durch externe Faktoren beeinflusst werden und nur begrenzt gesteuert werden können. Gleichwohl handelt es sich um Ausgaben, die dauerhaft in den Staatshaushalt einfließen und deshalb besondere Aufmerksamkeit verdienen. Die Finanzkommission erwartet deshalb, dass bei Investitionen, Sanierungen und Neubauprojekten nicht nur die Erstellungskosten betrachtet werden, sondern auch die späteren Betriebs-, Energie- und Unterhaltskosten. Gerade bei grösseren Infrastrukturprojekten entscheidet sich die finanzielle Nachhaltigkeit oft nicht bei den Baukosten, sondern während der jahrzehntelangen Nutzung. Aus Sicht der Finanzkommission hat deshalb der gesamte Lebenszyklus einer Investition eine Bedeutung, die Finanzkommission erwartet daher, dass die Folgekosten neuer Projekte künftig noch konsequenter ausgewiesen und in die finanzielle Gesamtplanung einbezogen werden.

Wir kommen nun zu einzelnen Feststellungen aus den Departementen, wir starten zuerst beim Präsidialdepartement. Dort haben wir uns insbesondere mit zwei Themen befasst und möchten diese heute auch hervorheben, einerseits die Grossanlässe des Jahres 2025. Sie wissen es alle, Basel stand mit dem Eurovision Song Contest sowie der Women's Euro international im Rampenlicht. Beide Anlässe haben unserem Kanton und unserer Region grosse Aufmerksamkeit verschafft. Die Finanzkommission hat sich aber selbstverständlich nicht mit dieser Aufmerksamkeit befasst, sondern mit der finanziellen Abwicklung dieser Grossanlässe und hier insbesondere mit dem ESC. Dabei zeigte sich, dass der Anlass, der ESC, insgesamt finanziell erfolgreich durchgeführt werden konnte. Die gegenüber der ursprünglichen Planung und des Beschlusses des Grossen Rates höheren Kosten von gut 1,034 Mio. Franken konnten insbesondere durch zusätzliche Einnahmen kompensiert werden. Das wird auch von der Finanzkommission nicht kritisiert. Kritisch beurteilt wird von der Finanzkommission jedoch die Kommunikation rund um die Schlussabrechnung. Einerseits wurde öffentlich auf eine Budgetunterschreitung hingewiesen, andererseits musste der Finanzkommission gleichzeitig eine nachträgliche Erhöhung der Ausgabenbewilligung zur Kenntnis gebracht werden, weil das vom Grossen Rat beschlossene Budget im Hinblick auf die Ausgaben eben doch nicht eingehalten werden konnte. Die Kommission erwartet hier künftig eine transparentere und nachvollziehbare Kommunikation. Auch die Aussagen, dass diese Mehrausgaben mit den Mehreinnahmen für die Arena Plus kompensiert werden konnten, sind für die Finanzkommission nicht abschliessend schlüssig, weil es sich hierbei insbesondere um doch sehr viel höhere Kosten im Bereich der Infrastruktur und der Sicherheit gehandelt hat, welche zu diesen Mehrausgaben des Kantons geführt haben.

Ein zweites Thema betrifft den geplanten Umzug des Präsidialdepartements in die ehemalige Hauptpost. Auch dieses Thema wurde hier in diesem Hohen Hause bereits einige Male thematisiert. Auch hier muss sich die Finanzkommission etwas irritiert zeigen. Im Vordergrund der Fragen der Finanzkommission standen die finanziellen Implikationen des Standortwechsels. Die internen Mietkosten werden gemäss Auskunft des Präsidialdepartements am neuen Standort bei 815'000 Franken pro Jahr liegen und damit die bisherigen Kosten 780'000 Franken um 35'000 Franken pro Jahr übersteigen. Das PD geht davon aus, dass der Zusammenzug mehrerer Dienststellen an einem zentralen Standort erhebliche Synergieeffekte mit sich bringt. Es werden konkrete Einsparungen gemäss PD erwartet, etwa bei der Anschaffung und Wartung von Bürogeräten oder den Nebenkosten. Diese Konsolidierungsgewinne sollen die Mietmehrkosten vollständig kompensieren. Die Finanzkommission muss aber trotzdem festhalten, dass entgegen früheren Aussagen auch in diesem Rat die jährlichen Mietkosten also doch höher ausfallen werden als erwähnt. Sie stellt zudem auch in Frage, ob die Mietkosten durch die in Aussicht gestellten Synergieeffekte tatsächlich auch kompensiert werden können.

Zum Bau- und Verkehrsdepartement: Im Bau- und Verkehrsdepartement beschäftigte sich die Finanzkommission unter anderem mit der Situation bei den BVB. Dabei zeigte sich, dass verschiedene Vorhaben der BVB erneut Verzögerungen



erfahren haben oder zeitlich verschoben werden mussten. Die Kommission anerkennt, dass Infrastrukturprojekt im öffentlichen Verkehr häufig komplex sind und teilweise von externen Faktoren beeinflusst werden. Gleichzeitig erwartet sie, dass Planung, Projektsteuerung und Umsetzung weiterhin verbessert werden, damit bewilligte Projekte möglichst verlässlich realisiert werden können.

Ein weiteres Thema war die Kostenentwicklung im öffentlichen Verkehr. Die entsprechenden Ausgaben haben in den vergangenen Jahren kontinuierlich zugenommen. Die Finanzkommission wird sich deshalb in unmittelbarer Zukunft genauer damit auseinandersetzen, wie sicher und mit welchen Massnahmen das Kostenwachstum künftig gedämpft werden könnte. Angesichts der finanziellen Entwicklung des Kantons wird es notwendig sein, auch im Bereich des öffentlichen Verkehrs die langfristige Finanzierbarkeit stets im Auge zu behalten. Zudem musste die Finanzkommission im Februar 2026 mit Erstaunen aus den Medien erfahren, dass im Zusammenhang mit den Kantonsbeiträgen an das U-Abo für die Jahre 2020 bis 2023 eine rückwirkende Nachzahlung des Kantons an die BVB in Höhe von insgesamt 7,5 Mio. Franken erforderlich wird. Gemäss Berichterstattung war die zugrunde liegende IT-Panne seit 2024 infolge von Anpassungsarbeiten an IT-Systemen den BVB bekannt. Die Finanzkommission erwartet, dass in Zukunft über solche Pannen zeitnah und transparent kommuniziert wird und nicht erst Jahre später. Insgesamt zeigt sich im Bereich Mobilität also einmal mehr, dass die Herausforderungen nicht kleiner werden. Die Finanzkommission wird die Entwicklung der Kosten, der Investitionen sowie der laufenden Infrastrukturprojekte deshalb weiterhin aufmerksam begleiten.

Ein eher kleineres Geschäft, aber vielleicht bei diesen sommerlichen Temperaturen derzeit gerade sehr aktuell, welches dann in den Hearings auch für entsprechende Diskussionen sorgte, war die Bewilligungspraxis für die sogenannten Sonnenschirme in der Innenstadt und auch die damit verbundenen Kosten. Gemäss BVB haben die Sonnenschirme, die Sie hier in diesem hohen Hause bewilligt haben, die Erwartungen an ihre Nutzung erfüllt. Sie bieten effektiven Schatten, das ist wahrscheinlich bei Sonnenschirmen nicht überraschend, wo er dringend gebraucht werde, und sie würden intensiv genutzt. Auch das sieht man im öffentlichen Raum gerade an diesen Tagen wieder sehr deutlich. Es wurden 65 Schirme an 16 Standorten aufgestellt und was die Finanzkommission dann doch etwas überraschte, 23 geplante Standorte wurden oder konnten nicht realisiert werden. Aus Sicht der Finanzkommission ist es erfreulich, dass diese Sonnenschirme deutlich kostengünstiger beschafft werden konnten, weniger erfreulich und auch etwas irritierend ist hingegen, dass deutlich weniger Standorte realisiert wurden als uns, dem Grossen Rat, ursprünglich angekündigt wurde respektive ursprünglich vorgesehen war. Und dies hat nun zur Folge, dass nun an gewissen Standorten wie beispielsweise auf dem Max-Kämpf-Platz zehn Sonnenschirme platziert wurden, was wohl grundsätzlich nicht im Sinne der Planung war, wenn man die ursprüngliche Zahl der Standorte sich noch einmal vergegenwärtigt. Die Finanzkommission hätte sich daher eine strukturiertere Auswertung über den Nutzen und die Eignung der Standorte gewünscht, bevor dieses Geschäft in den Grossen Rat kam.

Zum Erziehungsdepartement: Im Erziehungsdepartement beschäftigte sich die Finanzkommission erneut mit den Kosten für Stellvertretungen und Unterrichtsausfällen. Bereits im Rahmen der Rechnung 2024 hatte die Kommission auf die starke Zunahme dieser Kosten hingewiesen. Auffällig ist weiterhin die sehr hohe Zahl krankheitsbedingter Ausfälle bei der Volksschule, die seit 2020 um ungefähr 27% zugenommen haben. Besorgniserregend ist dabei, dass der während der Covid-19-Pandemie verzeichnete Anstieg nicht weiter zurückgegangen ist, sondern das Niveau weiterhin sehr konstant hoch bleibt. Die Finanzkommission stellt fest, dass die Ursachen vielfältig sind, neben steigenden Schülerzahlen spielen auch krankheitsbedingte Ausfälle, Urlaube, Weiterbildungen sowie weitere strukturelle Faktoren eine Rolle. Gleichzeitig bleibt die Transparenz über die einzelnen Kostentreiber aus Sicht der Kommission verbesserungsfähig.

Das ED führte aus, dass die Ursachen der steigenden Krankheitsabsenzen trotz umfangreicher Auswertungen derzeit noch nicht abschliessend geklärt werden können, entsprechend soll nun prioritär eine aussagekräftige Datengrundlage geschaffen werden. Parallel dazu werden verschiedene Massnahmen im Gesundheits- und Absenzenmanagement umgesetzt sowie die bestehenden Stellvertretungsregelungen angepasst. Die Kommission nimmt diese Bestrebungen wohlwollend zur Kenntnis, sie begrüsst den Aufbau einer verlässlichen Datengrundlage. Gleichzeitig stellt sie fest, dass die Kostenentwicklung bereits seit mehreren Jahren bekannt ist, weshalb sich die Frage stellt, weshalb die vertiefte Ursachenanalyse erst jetzt erfolgt. Aus Sicht der Kommission müssen die steigenden Stellvertretungskosten in erster Linie durch ein wirksames Gesundheitsmanagement und die Reduktion von Absenzen angegangen werden. Das Ziel darf nicht primär darin bestehen, Unterricht ausfallen zu lassen, sondern die Ursachen der Ausfälle besser zu verstehen und gezielt zu bekämpfen.

Die Finanzkommission befasste sich auch mit den steigenden Lehrmittelkosten. Das ED führte aus, dass diese Entwicklung primär auf drei Faktoren zurückzuführen sei. Erstens können viele neue Lehrmittel nur noch einmal verwendet werden, was die Beschaffungszyklen verkürzt und den Kostenbedarf erhöht. Zweitens führen neu eingeführte Fächer zu zusätzlichem Lehrmittelbedarf. Drittens schlägt auch die allgemeine Teuerung zu Buche, welche zwar nicht separat budgetiert wird, die Kostenentwicklung aber spürbar beeinflusst. Auf Nachfrage der Kommission teilte das ED zudem mit, dass gegenüber den Verlagen aus rechtlichen Gründen kaum Verhandlungsspielraum bestehe. Um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen, hat der Grosse Rat das Budget für Lehrmittel erhöht, die zusätzlichen Mittel stehen den Schulen nun vollumfänglich für Lehrmittel und Schulmaterial zur Verfügung.

Die Lehrmittelbudgets sind dabei Teil der gesamten Sachmittelbudgets der Schulen, welche neben den Lehrmitteln unter anderem auch Mittel für Bibliotheken, Drucksachen oder Büromaterial umfassen. Die Schulen verfügen dabei über eine



relativ hohe Autonomie und können innerhalb ihres Budgets gewisse Verschiebungen vornehmen. Die Finanzkommission nimmt dies zur Kenntnis, sie anerkennt den zusätzlichen Bedarf, weist aber gleichzeitig darauf hin, dass die Kosten im Lehrmittelbereich in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen sind und deshalb weiterhin aufmerksam beobachtet werden müssen, selbstverständlich vor allem seitens des ED.

Nun zum Finanzdepartement. Im FD beschäftigte sich die Finanzkommission erneut vertieft mit der IT und den verschiedenen Digitalisierungsprojekten. Die Digitalisierung bietet weiterhin grosse Chancen für effizientere Abläufe und bessere Dienstleistungen, ist aber gleichzeitig mit erheblichen finanziellen und personellen Aufwendungen verbunden. Die Kommission stellte dabei fest, dass sich verschiedene Projekte verzögerten oder langsamer veranschritten als ursprünglich geplant. Als wesentliche Ursache wurde unter anderem genannt, dass bei der Projektplanung die tatsächlich verfügbaren personellen Ressourcen nicht immer ausreichend berücksichtigt wurden. Dies führte teilweise dazu, dass Projekte zwar budgetiert und beschlossen waren, die Umsetzungskapazitäten jedoch nicht im notwendigen Umfang zur Verfügung standen.

Die Finanzkommission begrüsst, dass diese Problematik inzwischen erkannt wurde und Verbesserungen bei der Ressourcenplanung, der Priorisierung und dem Projektcontrolling angekündigt sind. Gleichzeitig hält sie fest, dass eine realistische Planung von zentraler Bedeutung ist. Bewilligte Mittel entfalten nur dann einen Nutzen, wenn die Projekte anschliessend auch zeitgerecht umgesetzt werden können.

Kritisch beobachtet die Kommission zudem die weiterhin steigenden Informatik- und Lizenzkosten. Die Digitalisierung führt, das glaube ich, ist ein zentraler Punkt, nicht automatisch zu Einsparungen. Umso wichtiger ist es also, dass der Nutzen der einzelnen Projekte nachvollziehbar ausgewiesen wird und dass bei neuen Vorhaben wie auch bei Bauprojekten nicht nur die Investitionskosten, sondern auch die Betriebs- und Folgekosten berücksichtigt werden. Wir erwarten deshalb, dass die Informatikprojekte künftig noch stärker priorisiert werden und die vorhandenen Ressourcen gezielter eingesetzt und die Projekte konsequent hinsichtlich Kostennutzen und Umsetzbarkeit gesteuert werden.

Im GD befasste sich die Finanzkommission mit der generellen Entwicklung der Gesundheitskosten. Dabei zeigt sich zunächst ein erfreuliches Bild, über einen längeren Zeitraum betrachtet ist es dem Kanton gelungen, das Wachstum der Gesundheitsausgaben unter dem kantonalen Zielpfad von 1,5% zu halten. Gleichzeitig bestehen strukturelle Herausforderungen, besonders die Mitfinanzierung der stationären Spitalbehandlungen entwickelt sich seit Jahren zu einem der wichtigsten Kostentreiber. Die Einflussmöglichkeiten des Kantons sind dabei begrenzt, da diese Entwicklung wesentlich durch den demografischen Wandel, den medizinischen Fortschritt und die steigende Nachfrage nach Gesundheitsleistungen geprägt wird.

Ähnliche Entwicklungen zeigen sich auch in der Spitex sowie in der Langzeitpflege. Die Finanzkommission nimmt zur Kenntnis, dass diese Bereiche aufgrund der demografischen Entwicklung auch künftig mit steigenden Kosten konfrontiert sein werden. Zusätzliche Herausforderungen ergeben sich durch die bevorstehende Einführung der einheitlichen Finanzierung ambulanter und stationärer Leistungen, kurz EFAS. Diese wird die Finanzierungsströme im Gesundheitswesen grundlegend verändern und neue Anforderungen an die Steuerung und Transparenz der Gesundheitsausgaben mit sich bringen.

Die Finanzkommission befasste sich zudem mit der Finanzierung der Pflegeheime. Die Restfinanzierung der Pflegeheime stieg im Rechnungsjahr gegenüber dem Vorjahr erneut an und auch die Ergänzungsleistungen für Personen in Pflegeheimen entwickeln sich weiter nach oben. Die Kommission stellt fest, dass hier die demografische Entwicklung ganz speziell sich bemerkbar macht. Vertieft diskutiert wurde die besagte Einführung der einheitlichen Finanzierung ambulanter und stationärer Leistungen. Nach den heutigen Prognosen ist davon auszugehen, dass der kantonale Finanzierungsanteil bei der Pflegeheimfinanzierung ab dem Jahr 2032 deutlich sinken wird. Dies könnte zu einer spürbaren finanziellen Entlastung führen. Die Kommission erachtet die vorgenommenen Anpassungen und Regulierungen im Pflegeheimbereich als positiv, wichtig bleibt für die Kommission, dass mit Steuerungselementen wie der Maximaltaxe für die Betreuung sich die Kosten für die Betreuten und ihre Familien nicht weiter belastend auf dieselben auswirken.

Weiter befasste sich die Kommission mit der Entwicklung der Spitex-Finanzierung. Während die Restfinanzierung der Spitex mit Leistungsauftrag nahe beim Budget abschloss, zeigte sich bei der Restfinanzierung nach Krankenversicherungsgesetz eine deutliche Budgetüberschreitung. Auffällig ist insbesondere die starke Zunahme der kommerziell angebotenen Pflege durch Angehörige. Die entsprechenden Restfinanzierungskosten haben sich innert eines Jahres von rund 730'000 Franken auf über 1,5 Mio. Franken mehr als verdoppelt. Kritisch beurteilt die Kommission dabei insbesondere die im Vergleich deutlich höheren durchschnittlichen Einsatzdauern pro Fall. Vor diesem Hintergrund begrüsst die Finanzkommission die vom Regierungsrat per Anfang 2026 beschlossene Tarifiereduktion für KLV-Leistungen im Bereich der Angehörigenpflege. So erscheint sachgerecht, dass Kostenbestandteile wie Infrastruktur, Aus- und Weiterbildung oder Wegzeiten gegenüber klassischen Spitex-Organisationen entsprechend berücksichtigt werden, bei gleichbleibendem Leistungsvolumen werden dadurch Einsparungen von rund 775'000 Franken pro Jahr erwartet. Die Finanzkommission unterstützt die Bestrebungen des GD, diese Entwicklungen weiterhin eng zu beobachten und setzt sich für eine verstärkte Regulierung, Qualitätskontrolle und Harmonisierung auf nationaler Ebene ein.



Die Finanzkommission befasste sich zudem mit den gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Spitäler. Diese beliefen sich im Jahr 2025 auf 64 Mio. Franken und lagen damit leicht über Budget sowie über dem Vorjahreswert. Zusammen mit den stationären Spitalbeiträgen nach KVG machen sie rund 90% des gesamten kantonalen Transferaufwands in der Spitalfinanzierung aus. Die Kommission äussert dabei deutliche Vorbehalte gegenüber der heutigen Vergütungspraxis. Das bestehende System basiert auf einer Vielzahl von Einzelanträgen, im Berichtsjahr waren es 118, was die Nachvollziehbarkeit und politische Steuerung erschwert. Hinzu kam, dass einzelne Institutionen aufgrund nachträglicher Anpassungen bei Weiterbildungsbeiträgen höhere Vergütungen erhielt, als sie ursprünglich beantragt hatten. Aus Sicht der Finanzkommission ist dieser Zustand unbefriedigend, gemeinwirtschaftliche Leistungen stellen staatliche Abgeltungen dar, die nicht unkontrolliert anwachsen sollten und deren Bemessung transparent und überprüfbar sein müssen. Die Kommission begrüsst es deshalb, dass das GD die Kritik aufgenommen hat und derzeit an einer grundlegenden Überarbeitung der Bemessungsmethode arbeitet. Ziel muss es sein, künftig mehr Transparenz und eine bessere finanzielle Steuerung zu gewährleisten.

Zum JSD: Im JSD befasste sich die Kommission mit dem Projektmanagement. Aktuell werden 15 departementsübergreifende Projekte bearbeitet, darunter die vom Grossen Rat angestossene Reorganisation der Strafverfolgung, die Ablösung von Juris, das Projekt Vorgangsbearbeitung My Abi bei der Kantonspolizei sowie Justitia 4.0. Besonders die Projekte REOS, also Reorganisation der Strafverfolgung, und Justitia 4.0 werden aufgrund ihrer strategischen, politischen und finanziellen Bedeutung zentral durch das Generalsekretariat gesteuert. Die Finanzkommission begrüsst diese klare Priorisierung und verbindet damit die Erwartung, dass über Kosten- und Terminabweichungen künftig frühzeitig informiert wird. Positiv würdigt die Finanzkommission auch die Fokussierung innerhalb der Kantonspolizei, welche die Zahl ihrer eigenen Projekte von ursprünglich 27 auf noch 23 reduziert hat. Sie erwartet, dass diese Konzentration zu einer verbesserten Steuerung sowie zu weniger Verzögerungen und Mehrkosten führt.

Kritisch zur Kenntnis nimmt die Kommission hingegen zusätzliche Abschreibungen von insgesamt 2,5 Mio. Franken im Zusammenhang mit Informatikprojekten, während bei einzelnen Fachanwendungen lediglich zu tiefe Abschreibungen budgetiert waren und die Gesamtkosten eingehalten werden können, musste das Projekt CHRONOS für ein neues Zeitmanagement- und Dienstplanungssystem abgebrochen werden. Dies führte zu einer einmaligen Abschreibung von 1,4 Mio. Franken. Die Finanzkommission erwartet, dass Lehren aus diesem Projektabbruch gezogen werden und Informatikvorhaben künftig noch sorgfältiger gesteuert werden.

Selbstverständlich hat sich die Kommission auch mit der Kantonspolizei auseinandergesetzt. Bereits in den vergangenen Berichten wurde hier auf die verschiedenen Herausforderungen hingewiesen. Zwar resultierte auch im Rechnungsjahr 2025 wieder eine Budgetunterschreitung beim Personalaufwand. Diese ist jedoch nicht Ausdruck einer Entlastung, sondern weiterhin auf den erheblichen personalen Unterbestand zurückzuführen. Per Ende 2025 fehlen bei der Kantonspolizei insgesamt 135 Stellen gegenüber dem bewilligten Sollbestand, davon 112 bei den uniformierten Polizeikräften, gleichzeitig befinden sich 70 Mitarbeitende in Ausbildung, welche mittelfristig zur Entlastung beitragen sollen.

Besonders aufmerksam nahm die Kommission daher die Ausführungen des Polizeikommandanten zur Kenntnis und auch die Ausgangslage Ende 2024, die von hoher Belastung, zahlreichen Abgängen, Vorbehalt gegenüber der Polizeileitung sowie einer insgesamt schlechten Arbeitsstimmung geprägt gewesen sei. Besonders bemerkenswert war dabei die Feststellung, dass die Kantonspolizei ihren Grundauftrag teilweise nicht mehr vollständig wahrnehmen können und auf gewisse Anrufe nicht mehr mit einem Ausrücken reagiert worden sei. Die Finanzkommission erachtet dies als ernst zu nehmendes Warnsignal.

Gleichzeitig steht die Kantonspolizei vor einer weiteren Herausforderung. In den kommenden Jahren wird eine hohe Zahl von Pensionierungen erwartet. Gemäss den Ausführungen des Kommandanten müssen dauerhaft hohe Ausbildungszahlen sichergestellt werden, um den Personalbestand überhaupt stabil halten zu können. Die zweijährige Ausbildung sowie die starke Konkurrenz anderer Polizeikorps erschweren diese Aufgabe zusätzlich.

Vor diesem Hintergrund begrüsst die Finanzkommission die eingeleiteten Transformations- und Reorganisationsmassnahmen. Dazu gehören insbesondere die Fokussierung auf die Grundversorgung, die Neuorganisation von Aufgaben und Verantwortlichkeiten, Anpassungen bei der Führungsstruktur sowie weitere Massnahmen im Bereich Führungskultur und im Personalbereich. Gemäss den Ausführungen des JSD zeigen sich auch erste Verbesserungen bei Stimmung, Belastung und Eigenverantwortung innerhalb des Korps.

Positiv zur Kenntnis nimmt die Kommission die verstärkten Rekrutierungsbemühungen sowie die Reduktion der Anzahl Projekte, gleichzeitig bleiben bei der Kantonspolizei erhebliche strukturelle Herausforderungen vorhanden. Sie erwartet deshalb, dass die eingeleiteten Reformen und der Kulturwandel konsequent weitergeführt und deren Wirkung laufend überprüft werden. Besondere Aufmerksamkeit wird die Kommission daher weiterhin auf die Entwicklung des Personalbestands, die Rekrutierungserfolge sowie die Zeitguthaben und die operative Leistungsfähigkeit der Kantonspolizei richten.

Die Finanzkommission hat sich bei den Grossanlässen auch spezifisch mit der Situation beim JSD befasst. Hier führten die Anlässe ESC und UEFA Women's Euro zu einer erheblichen Zusatzbelastung. Allein im Zusammenhang mit dem ESC



leistete die Polizei über 31'000 Einsatzstunden, davon rund 18'500 Stunden als Mehrarbeitszeit. Für die Women's Euro kamen weitere über 10'000 Einsatzstunden hinzu. Auch die Rettung Basel-Stadt, also nicht nur die Kantonspolizei, war bei beiden Anlässen stark gefordert. Die Finanzkommission nimmt zur Kenntnis, dass ein Teil dieser Kosten weiterverrechnet werden konnte, gleichzeitig, und das gilt an die Adresse des gesamten Regierungsrates gerichtet, zeigt sich deutlich, dass internationale Grossanlässe erhebliche personale Ressourcen binden und insbesondere bei der Kantonspolizei den Abbau bestehender Zeitguthaben zusätzlich erschweren. Gerade vor dem Hintergrund dieses weiterhin bereits erwähnten bestehenden Personalunterbestands und der hohen Belastung innerhalb des Korps bleibt dieser Umstand als besonders relevant und die Finanzkommission erwartet deshalb, dass auch diese personellen und finanziellen Auswirkungen von Grossanlässen künftig nicht nur transparent ausgewiesen, sondern eben auch bei einer allfälligen Bewerbung bei der Ressourcenplanung angemessen berücksichtigt werden.

Auch die Entwicklung der Hilfsfristen bei Feuerwehr und Sanität war ein kurzes Thema in der Finanzkommission. Die positive Meldung ist, dass die vorgegebenen Zielwerte eingehalten werden konnten, sowohl die Feuerwehr als auch die Sanität lagen im Berichtsjahr deutlich über dem geforderten Mindestwert. Gleichzeitig zeigt der Mehrjahresvergleich eine Entwicklung, welche die Kommission aufmerksam verfolgt. Die Hilfsfristen haben sich in den vergangenen Jahren tendenziell verschlechtert, wenn auch weiterhin auf gutem oder hohem Niveau. Gemäss den Ausführungen des JSD sind dafür insbesondere die zunehmende Verkehrsbelastung, steigende Stauzeiten sowie die kontinuierlich wachsende Zahl von Einsätzen verantwortlich. Bei der Feuerwehr nahm die Zahl der Einsätze in den vergangenen zehn Jahren um rund 13% zu, bei der Sanität führten insbesondere die stark steigenden Einsatzzahlen während und nach der Covid-Pandemie zu einer zusätzlichen Belastung. Zwischenzeitlich erhöhte sich das Einsatzvolumen um rund einen Viertel. Wir nehmen zur Kenntnis, dass zusätzliche organisatorische Massnahmen zur Stabilisierung bei der Sanität, beispielsweise durch die Verstärkung, beigetragen haben, gleichzeitig hält die Kommission fest, dass die steigende Verkehrsbelastung und die zunehmende Einsatzintensität nicht ohne Folgen bleiben werden. Sie führen zu zusätzlichem Ressourcenbedarf und verursachen deutlich höhere Kosten. Die Entwicklung der Hilfsfristen sowie deren finanzielle Auswirkungen werden deshalb weiterhin aufmerksam zu beobachten sein.

Nun zum WSU: Im WSU beschäftigte sich die Finanzkommission unter anderem mit der Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Nachdem die Arbeitslosenquote im Kanton Basel-Stadt seit 2023 kontinuierlich angestiegen ist, lag sie Ende 2025 bei beachtlichen 4,6% und damit auch sehr deutlich über dem gesamtschweizerischen Durchschnitt. Das Amt für Wirtschaft und Arbeit hat auf diese Entwicklung reagiert und verschiedene Massnahmen ergriffen. Im Rahmen der schweizweiten Strategie der öffentlichen Arbeitsvermittlungen werden die arbeitsmarktlichen Massnahmen stärker individualisiert und vermehrt auf die konkrete Situation der Stellensuchenden ausgerichtet. Die Finanzkommission nimmt zur Kenntnis, dass konjunkturelle und politische Entwicklungen die Weiterentwicklung des Arbeitsmarktes nur beschränkt vorhersehbar machen, gleichzeitig weist sie darauf hin, dass steigende Arbeitslosenzahlen, so wie sie im Kanton Basel-Stadt derzeit der Fall sind, erfahrungsgemäss mit zeitlicher Verzögerung auch zu höheren Belastungen bei der Sozialhilfe führen können. Die Finanzkommission nimmt deshalb diese Entwicklung der Arbeitslosigkeit mit Sorge zur Kenntnis und sie wird insbesondere die möglichen Auswirkungen auf die Sozialhilfe und die ohnehin hohen kantonalen Sozialausgaben weiterhin aufmerksam verfolgen.

Im Zusammenhang mit den steigenden Arbeitslosenzahlen befasste sich die Kommission auch mit dem Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Trotz der sehr hohen Arbeitslosigkeit im Kanton blieb die Ausschöpfung des Fonds unter dem budgetierten Betrag, was die Kommission erstaunte. Das WSU führte dazu aus, dass sich die Aufwendung des Fonds nicht unmittelbar parallel zu den jährlichen Schwankungen der Arbeitslosenzahlen entwickeln, vielmehr unterliegen sie teilweise erheblichen Schwankungen von Jahr zu Jahr. Entlastend wirkte sich zudem aus, dass verschiedene Massnahmen zur Kämpfung der Jugendarbeitslosigkeit inzwischen in das ordentliche Budget des ED überführt wurden. Die Finanzkommission nimmt dies zur Kenntnis, weist gleichzeitig aber darauf hin, dass die steigende Arbeitslosigkeit mit gezielten Massnahmen im Bereich dieser Instrumente, die bereits bestehen, nun auch ergriffen werden müssen. Positiv wertet die Kommission deshalb, dass das WSU für die kommenden Jahre zusätzliche Massnahmen im Rahmen der interdepartementalen Strategie Arbeitsmarktfähigkeit vorsieht.

Die Finanzkommission befasste sich zudem mit den Abweichungen bei der Sozialhilfe. Nachdem die Fallzahlen bis ins Jahr 2024 rückläufig waren, zeigte sich im Rechnungsjahr 2025 erstmals wieder ein Anstieg. Während für das Budget noch von rund 4'300 Fällen ausgegangen wurde, lag die tatsächliche Zahl bei rund 4'500. Diese Entwicklung führte zusammen mit einer deutlich höheren Teuerung als budgetiert zu Mehraufwendungen, hinzu kamen zusätzliche Kosten für Integrationsmassnahmen infolge dieser höheren Fallzahlen. Die Finanzkommission nimmt zur Kenntnis, dass die Budgetierung der Sozialhilfe naturgemäss auf Prognosen basiert und mit Unsicherheiten verbunden ist. Gleichzeitig hält sie fest, dass die Entwicklung aufmerksam beobachtet werden muss, der Wiederanstieg der Fallzahlen nach mehreren Jahren des Rückgangs könnte ein erstes Anzeichen dafür sein, dass sich die eingetrübte Lage am Arbeitsmarkt zunehmend auch in der Sozialhilfe bemerkbar macht. Die Kommission erwartet deshalb eine laufende Überprüfung der Prognosemodelle und eine möglichst frühzeitige Erkennung entsprechender Trends. Angesichts der bereits jetzt sehr hohen und weiterhin steigenden Arbeitslosigkeit wird entscheidend sein, ob es gelingt, die Betroffenen rasch wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren und damit einen weiteren Anstieg der Sozialhilfekosten zu begrenzen, die ja bei einer längeren Arbeitslosigkeit automatisch die Folge sind.



Zum Schluss gerne noch kurz zu den Gerichten: Die Finanzkommission hat sich mit der künftigen IT-Strategie der Gerichte befasst. Bereits in den vergangenen Jahren haben wir uns dabei mit der Organisation der Gerichtsinformatik, die in Zusammenarbeit mit IT-BS gesteht, dem Datenschutz und der Gewaltentrennung, aber auch mit den finanziellen Auswirkungen befasst. Die Kommission nimmt zur Kenntnis, dass nun zwischen den Gerichten und dem Regierungsrat eine gemeinsame Lösungsperspektive in Bezug auf die IT erarbeitet wurde. Anstelle der ursprünglich diskutierten Varianten All-in oder All-out bei den Gerichten soll künftig eine sogenannte All-out-light-Lösung umgesetzt werden. Dabei sollen besonders sensible Bereiche innerhalb der Gerichte betrieben werden, während zentrale Infrastruktur und Basisdienste weiterhin von IT BS erbracht werden. Die Finanzkommission anerkennt die besonderen Anforderungen der Gerichte hinsichtlich Datenschutz, IT-Sicherheit und der institutionellen Unabhängigkeit, sie hält aber fest, dass die gewählte Lösung weiterhin zahlreiche Schnittstellen zur kantonalen Informatik vorsieht und damit organisatorisch, technisch, aber auch finanziell anspruchsvoll bleibt. Wir erwarten deshalb eine transparente Darstellung der langfristigen Kostenfolgen, eine klare Governance-Struktur sowie ein konsequentes Projekt- und Risikocontrolling. Entscheidend wird aus Sicht der Kommission letztlich sein, dass die nun gefundene All-out-light-Lösung nicht zu einem kantonalen IT-Debakel führt, sondern die Anforderungen der Gerichte erfüllt und gleichzeitig wirtschaftlich und nachhaltig betrieben werden kann.

Trotz dieser Herausforderungen, meine Damen und Herren, kommt die Finanzkommission also zum Schluss, dass die Jahresrechnung 2025 insgesamt weiterhin ein solides Ergebnis ausweist und ein zutreffendes Bild der finanziellen Lage unseres Kantons vermittelt. Wir haben es im Bericht der Finanzkommission erwähnt, diese Rechnung hat noch einmal stabil abgeschlossen, wir sehen aber gleichzeitig verschiedene strukturelle Herausforderungen, die sich nun deutlich sichtbar machen. Wir unterstützen als Kommission deshalb im Sinne eines ausgeglichenen Finanzhaushalts eine verstärkte Priorisierung der Ausgaben sowie die besagten und von der Finanzkommission auch gewünschten Verbesserungen im Projektmanagement der Digitalisierung und der Investitionsplanung.

Zum Schluss möchte ich namens der Finanzkommission dem Regierungsrat, den Departementen, den Gerichten, der Finanzverwaltung sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kantonalen Verwaltung für die geleistete Arbeit im Berichtsjahr herzlich danken. Ein besonderer Dank gilt auch der Finanzkontrolle für ihre unabhängige und professionelle Prüftätigkeit und ebenso danke ich selbstverständlich unserem Kommissionssekretariat für die ausgezeichnete Unterstützung unserer Arbeiten sowie meinen Kolleginnen und Kollegen in der Finanzkommission für die engagierte, konstruktive und stets sachorientierte Zusammenarbeit. Die Finanzkommission beantragt Ihnen daher einstimmig mit 13 zu 0 Stimmen, die Jahresrechnung 2025 zu genehmigen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort geht an die Präsidentin der BKK, Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Im Namen der Bildungs- und Kulturkommission berichte ich über die Rechnungen 2025 der fünf kantonalen Museen. Die BKK hat die Rechnungen in fünf Subkommissionen beraten, die im April und Mai 2026 mit den Direktionen und Verwaltungsleitungen der Museen zusammengetroffen sind. Der schriftliche Mitbericht liegt Ihnen vor.

Erfreulich ist das Bild bei den Besuchendenzahlen. Alle fünf Museen haben ihre Leistungsziele erreicht oder deutlich übertroffen und die Gründe dafür zeigen sich klar. Es waren konkrete Ausstellungen und Vermittlungsangebote, die das Publikum angezogen haben.

Das Naturhistorische Museum verzeichnete mit über 176'300 Besuchenden ein absolutes Rekordjahr, massgeblich getrieben durch die Ausstellung Wild Life Photographer of the year, das Antikenmuseum übertraf die budgetierte Zielvorgabe von 42'000 Eintritten mit über 54'600 Besuchenden um rund 30%.

Das Museum der Kulturen zählte fast 62'000 Gäste, rund 24% mehr als erwartet. Die Ausstellung Hero Games war dabei der zentrale Publikumsmagnet. Die Sonderausstellungen Schöpfer:innen, der Weg ins jenseits und Schön spirituell haben diesen Erfolg getragen.

Das Historische Museum lag mit über 99'000 Besuchenden weit über dem Zielwert, einzig das Kunstmuseum lag unter dem Vorjahr, was angesichts der Schliessung des Hauses Gegenwart nach einem Wasserschaden sowie der bewussten Reduktion auf zwei Sonderausstellungen nachvollziehbar ist. Auch die Schulklassenzahlen und Führungen sind in mehreren Häusern deutlich höher ausgefallen als erwartet, was die BKK sehr freut.

Zum Kunstmuseum ist zu sagen, dass die Abweichungen gegenüber dem Budget im Zusammenhang mit der finanziellen Stabilisierung nach dem Nachtragskredit stehen. Das Haus hat mit Ausgabendisziplin und einem temporären Einstellungsstopp das Budget 2025 eingehalten. Die laufende Reorganisation sowie der anstehende Digitalisierungsbedarf bei Kasse, Onlineshop und Führungsmanagement bleiben zentrale Aufgaben für die kommenden Jahre. Die BKK nimmt positiv zur Kenntnis, dass die Abteilung Kultur diesen Themen ebenfalls hohe Priorität einräumt.



Das Historische Museum operiert gut, steht aber vor anhaltenden strukturellen Finanzierungsherausforderungen. Dass die Generalinventur termingerecht und im Budget abgeschlossen werden konnte, ist ein bedeutendes Ergebnis. Beim Museum der Kulturen war 2025 ein Jahr des Übergangs, mit dem Direktorenwechsel im November und einem höheren Personalaufwand als budgetiert, bedingt durch Vertragsverlängerungen in der Provenienzforschung sowie temporäre Stellen zur Sicherstellung des Leistungsauftrags. Dank Drittmitteln und der Rahmenausgabenbewilligung konnte dennoch ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt werden.

Museumsübergreifend möchte ich drei Punkte hervorheben. Erstens die Provenienzforschung, sie ist in allen fünf Museen zu einer dauerhaften Kernaufgabe geworden und das zeigt sich auch in den konkreten Ergebnissen des Berichtsjahres. Das Museum der Kulturen hat eine ethnologische Provenienzforschung systematisch fortgeführt und im Oktober 2025 die Publikation «Jeder Fall liegt anders» veröffentlicht. Das Kunstmuseum hat ein mehrjähriges Forschungsprojekt zu Fluchtgut aus dem Zeitraum 1932 bis 2022 abgeschlossen, die Ergebnisse publiziert und in einer Ausstellung zugänglich gemacht. Das Naturhistorische Museum führt das Projekt «Human Remains 2024 bis 2026» planmässig fort, das Antikenmuseum ist ebenfalls in entsprechende Forschungsarbeiten eingebunden. Die Finanzierung all dieser Arbeiten erfolgt über die Rahmenausgabenbewilligung.

Diese Mittel sind für die Umsetzung zentral, doch sie laufen Ende 2026 aus. Alle Museumsleitungen betonen die Dringlichkeit einer nachhaltigen Anschlussfinanzierung. Die BKK teilt diese Einschätzung. Das aufgebaute Fachwissen, die internationalen Netzwerke und die laufenden Projekte können nur dann weitergeführt werden, wenn die Finanzierung verlässlich gesichert ist. Wir erwarten vom Regierungsrat, dass hierzu rechtzeitig Klarheit geschaffen wird.

In diesem Zusammenhang hat die Abteilung Kultur darauf hingewiesen, dass Mittel aus kantonalen Rahmenausgabenbewilligungen nicht als Drittmittel ausgewiesen werden dürfen und entsprechend nicht in die Berechnung des Eigenfinanzierungsgrads einfließen sollten. Die BKK erwartet, dass hier eine einheitliche Handhabung sichergestellt wird.

Zweitens, die Digitalisierung: Wachstum und neue Aufgaben erhöhen den Druck auf Personal und Budgets. Mehrere Museen berichten von steigendem Aufwand, insbesondere in den Bereichen Digitalisierung, Provenienzforschung und neuen Vermittlungsangeboten. Die Digitalisierung wird von vier von fünf Museen als herausforderndes Arbeitsfeld genannt. Sie umfasst die Digitalisierung von Sammlungen, neue Verwaltungs- und Kassensysteme sowie die Online-Bereitstellung von Beständen und wird in einzelnen Häusern nur verzögert umgesetzt, weil die dafür nötigen finanziellen und personellen Ressourcen fehlen oder durch andere Prioritäten gebunden sind. Die BKK hält fest, dass die Digitalisierung eine strukturelle Voraussetzung für einen nachhaltigen Museumsbetrieb ist.

Drittens, die laufenden Bau- und Infrastrukturprojekte: Das Naturhistorische Museum nähert sich der Schlüsselübergabe für den Neubau, das Antikenmuseum ist mit dem Berri-Bau-Projekt beschäftigt, das Kunstmuseum bereitet die Sanierung des Hauptbaus vor, dem Historischen Museum steht die Gesamtanierung des Hauses zum Kirschgarten und die Planung eines Sammlungs zentrums bevor. Diese Prozesse binden in allen Häusern erhebliche personelle Ressourcen. Das ist zu berücksichtigen, wenn man die Leistungen der Museen beurteilt.

Zur Umstellung auf die vier Jahresglobalbudgets. Diese ist für AMB, HMB und NMB seit 2026 in Kraft. Für das Kunstmuseum und das Museum der Kulturen gilt vorerst ein Einjahreskredit, bevor ab 2030 alle fünf Museen harmonisiert sein sollen. Die BKK begleitet diesen Übergang aufmerksam.

Ich danke den Museumsleitungen für die gute und konstruktive Zusammenarbeit mit den Subkommissionen. Ebenfalls danke ich den Museumsmitarbeitenden und der Abteilung Kultur für ihr Engagement und die gute Zusammenarbeit. Die Bildungs- und Kulturkommission empfiehlt einstimmig, die Rechnungen der fünf kantonalen Museen für das Jahr 2025 zu genehmigen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Für das Finanzdepartement das Wort hat Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Aufgrund des ausführlichen Eintrittsvotums des Präsidenten der Finanzkommission, welches wir bei den allgemeinen Ausführungen teilen, erlaube ich mir, mich auf ein paar Schwerpunkte zu begnügen.

Die Rechnung 2025 schloss ab mit einem Überschuss von 12 Mio. Franken. Das ist ein ausgeglichenes Ergebnis. Das Budget sah nach der Verabschiedung im Grossen Rat ein Defizit von 16 Mio. Franken vor. Die Abweichung von 28 Mio. Franken zwischen Budget und Rechnung ist somit sehr gering, es liegt bei einem Gesamtertrag von 5,4 Mia. Franken eine Abweichung bei einem halben Prozent vor. Trotzdem scheint es mir wichtig, die Tendenzen aufzuzeigen, die wir hier jedes Jahr etwas mehr sehen.

Die kantonalen Steuereinnahmen lagen 59 Mio. Franken unter Budget. Warum? Die Einkommenssteuern sind zwar angestiegen, aber nicht so stark, wie wir das vermutet haben, wir haben zu optimistisch budgetiert. Die



Unternehmenssteuern fielen dafür 99 Mio. Franken über Budget aus, wir haben also fast 100 Mio. Franken mehr an Unternehmenssteuern, als wir das budgetiert haben, eingenommen.

Was zeigt das? Das zeigt, dass die Erträge stabil sind, die Einkommenssteuern auch weiterhin ansteigen, es zeigt aber vor allem, dass die Unternehmenssteuern tendenziell höher ausfallen, als wir das bisher vermutet haben. Da mag man sich freuen, das mache ich natürlich, wir sind auch froh, dass unser Standort wirtschaftlich so floriert, es zeigt aber auch, dass unser Standortpaket wichtig ist, dass unsere Investition in unseren Standort enorm wichtig ist, denn die Steuereinnahmen aus Unternehmenssteuern sind volatil. Wir haben kein Defizit, weil wir fast 100 Mio. Franken mehr von den Unternehmenssteuern erhalten haben. Ich möchte das herausstreichen, weil es mir wichtig ist und weil es eine Tendenz ist, die sich abzeigt, und weil ich hier auch nochmals würdigen möchte, warum der Regierungsrat es essenziell findet, dieses Standortpaket eingeführt zu haben und an diesem auch festzuhalten oder es auch auszubauen in dem Sinn, dass wir dort den Betrag aufgrund der Änderung des Grossen Rates bis auf 500 Mio. Franken erhöhen können.

Dann noch ein weiterer Punkt, der aufgefallen ist. Es ist wahrscheinlich eines fast der ersten Male, dass die Departemente ihr Budget um etwa 25 Mio. Franken überschritten haben. Es liegt vor allem an den höheren Ausgaben für Sozialhilfe, der Finanzkommissionspräsident hat die Zusammenhänge ausgeführt, und es liegt daran, dass wir mehr Schülerinnen und Schüler haben, das ist ja auch sehr positiv. Nichtsdestotrotz zeigt es, dass wir hier bei der Budgetierung wohl etwas zu eng waren, als wir das Budget geplant haben, das wird sicher ein Thema sein, welches uns jetzt für das Budget 2027 beschäftigt, weil wir eigentlich ja nicht möchten, dass wir das Budget des Grossen Rates überschreiten müssen.

Das weiterhin hohe Investitionsniveau möchte ich auch herausstreichen. Es betrug 417 Mio. Franken. Das ist sehr hoch und hat daher auch dazu geführt, dass es auch Verzögerungen gibt. Wir sind aber der Ansicht, dass ein Ausschöpfungsgrad von 82% sehr hoch ist.

Dann als Ausblick: Wir sind in einer stabilen finanziellen Ausgangslage, immer noch. Der Handlungsspielraum ist kleiner, das zeigen auch die kleineren Überschüsse, es zeigt sich auch, dass die Erträge stabil sind, auch bei den natürlichen Personen, aber dass wir hier vor allem bei den Unternehmenssteuern eine steigende Tendenz haben, die aber sehr volatil sein kann. Und was ich auch sagen muss, die Ergänzungssteuer ist jetzt zwar das erste Mal in der Rechnung abgegrenzt worden, aber die Steuererklärungen der Unternehmen kommen erst jetzt, die Frist läuft erst jetzt ab, das heisst, wir werden erst in ein bis zwei Jahren wissen, wie sich diese Ergänzungssteuer überhaupt verhält.

Daher freut es mich, dass wir hier trotzdem einen kleinen Überschuss haben, obwohl wir zuerst vermutet hatten, dass es ein Defizit gibt im 2025, vielleicht vor allem auch wegen dem ESC, so wie ich das damals vertreten habe. Aber ich möchte daran erinnern, dass neben den guten Erträgen, die wirklich auch höher ausfallen, auch die Ausgaben angestiegen sind und die Schwierigkeit in Zukunft sein wird, dass wir hier auch das Ausgabenwachstum priorisieren können und den Anstieg vielleicht auch etwas weniger stark machen können. Das ist unsere Aufgabe für die Zukunft, für das nächste Budget.

Ich möchte mich auch sehr bedanken bei der Finanzkommission für ihre Ausführungen, den sehr sorgfältigen Berichts, die Zusammenarbeit ist aus unserer Sicht sehr konstruktiv, wir sind auch immer dankbar um Hinweise und können daraus lernen und auch die Arbeit verbessern.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort geht an den Vorsitzenden des Gerichtsrats Stephan Wullschleger.

Stephan Wullschleger: Ich möchte der Finanzkommission danken für die unterstützende Begleitung unserer IT-Strategie, für die künftige Zusammenarbeit zwischen IT der Gerichte und IT Basel-Stadt. Das ist wie ausgeführt herausfordernd. Wir danken dafür, dass die besonderen Anforderungen, die wir an unsere IT stellen, von der Finanzkommission anerkannt werden. Weiter danke ich für die Sorge, die die Finanzkommission zum Ausdruck bringt, um das Vorhandensein genügender Personalressourcen an den Gerichten. Auch das ist eine ständige Herausforderung. Und schliesslich danke ich ebenfalls für die konstruktive Zusammenarbeit mit der Kommission, für die wir sehr froh sind.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen nun zu den Fraktionssprechenden. Als erster eingetragen hat sich Tobias Christ für die GLP.

Tobias Christ (GLP): Auch die GLP schliesst sich der Finanzkommission bei der Würdigung der Jahresrechnung an und im Übrigen auch der Finanzdirektorin. Die Rechnung 2025 schliesst mit einem Überschuss von 12 Mio. Franken ab, das ist gegenüber einem budgetierten Defizit von 16 Mio. Franken erfreulich, aber bei Gesamtausgaben von über 5,4 Mia. Franken und diversen Budgetüberschreitungen kein Grund für Euphorie. Wir sehen und anerkennen jedoch die solide Arbeit von



Regierung und Verwaltung und danken ganz ausdrücklich für die spürbaren Bemühungen der Regierung und Verwaltung um einen haushälterischen Umgang mit den finanziellen Mitteln.

Gleichzeitig zeigt ein nüchterner Blick auf die Zahlen die Grenzen unseres finanzpolitischen Spielraums. Der Betriebsaufwand ist innert eines Jahres um gut 19 Mio. Franken gestiegen, der Personalaufwand liegt bei knapp 1,6 Mia. Franken und wuchs um 5,6%. Die Bruttoschulden nahmen um rund 455 Millionen auf 3,8 Mia. Franken zu und der Selbstfinanzierungsgrad fiel auf 66,7%. Das positive Gesamtergebnis beruht wesentlich auf einem guten Finanzergebnis und anderen Sondereffekten.

Wir wollen keine Schmarzmalerei betreiben, im Gegenteil, viele Ausgaben sind politisch gewollt und in dem Sinne erfreulich und wurden auch von der GLP mitgetragen, die Ausweitung der Mietzinsbeiträge, die grosszügigen Beiträge an Eltern für die Kinderbetreuung zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das sind Anliegen, hinter denen wir inhaltlich stehen. Ebenso unterstützen wir die hohen Investitionen in Infrastruktur, in Nachhaltigkeit, in den öffentlichen Verkehr. Diese sind richtig und wichtig.

Aber die Ausgaben und Investitionen müssen in einem gesunden Verhältnis zu unseren finanziellen Möglichkeiten stehen. Und da wird es eng. Was mich und was uns als GLP besonders beschäftigt, ist ein Thema, das im FKom-Bericht weniger im Vordergrund steht, das aber gesellschaftspolitisch wohl die grösste Herausforderung der kommenden Jahre darstellt, die psychische Gesundheit, ganz besonders von Jugendlichen und Kindern, aber auch zunehmend Erwachsenen. Die krankheitsbedingten Ausfälle bei den Lehrpersonen zeigen das exemplarisch. Sie sind seit 2020 um rund 27% gestiegen und verharren auf diesem hohen Niveau. Das ist ein Signal und es ist kein baselspezifisches Phänomen, das sehen wir weltweit. Aber die Kosten kommen irgendwann in der Staatskasse auch bei uns an oder sind schon angekommen über Stellvertretungskosten, über die Sozialhilfe, über das Gesundheitswesen.

Ein roter Faden im Bericht ist die Frage der Steuerung und Wirkung. Die Finanzkommission bemängelt in mehreren Bereichen fehlende Gesamtübersichten, ungenügende Kennzahlen und kaum ausgewiesene Effizienzgewinne, etwa bei der Digitalisierung. Die Digitalisierung ist ein Kernthema der GLP, sie soll den Alltag vereinfachen und Ressourcen freisetzen, nicht nur neue Projekte produzieren. Wir erwarten deshalb, dass bei grossen IT-Vorhaben von Anfang an klar definiert wird, welche konkreten Verbesserungen erreicht werden sollen und wie diese später überprüft werden.

Im Justiz- und Sicherheitsdepartement begrüssen wir die Priorisierung der Projekte und die Reduktion der Projektzahl, sorgen uns aber weiterhin um den deutlichen Unterbestand bei der Polizei. Hier sind wir dankbar, dass der Polizeieinsatz bei Grossanlässen und Kundgebungen in vernünftigem Ausmass erfolgt und dass bei der Rekrutierung insbesondere auf die Erhöhung des Frauenanteils Gewicht gelegt wird. Auch die zunehmende Belastung der Gerichte sowie die geplante IT-Lösung muss weiterhin gut beobachtet und eng begleitet werden.

Die GLP wird der Jahresrechnung 2025 zustimmen. Basel-Stadt steht weiterhin solide da, aber wir können uns nicht zurücklehnen. Die entscheidende Frage der nächsten Jahre wird sein, wie gut wir Prioritäten setzen und effizienter werden können, um für die grossen Herausforderungen gerüstet zu sein.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die Mitte-EVP ist Balz Herter.

Balz Herter (Mitte-EVP): Im Namen der Fraktion Mitte-EVP beantrage ich Ihnen, die Grossratsbeschlüsse und die Jahresrechnung zu genehmigen. Zu Beginn gilt unser Dank den Departementen und den Gerichten, der gesamten Verwaltung für die seriöse Erarbeitung dieses umfassenden Rechenschaftsberichts sowie meinen Kolleginnen und Kollegen in der Finanzkommission, und der Finanzkontrolle für die detaillierte Prüfung.

Auf den ersten Blick dürfen wir uns über einen positiven Abschluss freuen. Die Erfolgsrechnung schliesst mit einem Gesamtergebnis von 11,9 Mio. Franken ab, während wir ursprünglich mit einem Defizit von 15,6 Mio. Franken gerechnet hatten. Doch werfen wir einen genaueren Blick auf das Zahlenwerk, wird rasch klar, der strukturelle Überschuss der vergangenen Jahre ist weitestgehend abgebaut. Dass wir überhaupt schwarze Zahlen schreiben, verdanken wir massgeblich Sondereffekten. Einerseits verzeichnen wir erfreulicherweise Unternehmenssteuern, die 98,8 Mio. Franken über dem Budget liegen, andererseits profitieren wir von einer starken Gewinnausschüttung der Basler Kantonalbank von insgesamt 125 Mio. Franken, was 44 Mio. Franken über dem Budget liegt und eine Jubiläumsausschüttung von 25 Mio. Franken beinhaltet. Bei den Einkommenssteuern, den Vermögenssteuern und den direkten Bundessteuern blieben die Einnahmen jedoch deutlich unter den Erwartungen. Für unsere Fraktion ist klar, wir dürfen uns von diesen positiven Ausreissern nicht blenden lassen. Die zukünftigen Ausgaben hier drin müssen sich zwingend wieder stärker am realen strukturellen Ertrag orientieren.

Unsere Unternehmenslandschaft ist das starke Rückgrat unserer Staatsfinanzen. Die Umsetzung der OECD-Mindestbesteuerung und das damit verbundene Standortförderpaket prägten das Rechnungsjahr 2025 massgeblich. Rund 300 Mio. Franken wurden entsprechend in Fonds eingelegt. Im vergangenen Jahr wurden Fördermittel in der Höhe von 246



Mio. Franken gesprochen. Die Mitte-EVP unterstützt diese gezielten Investitionen in die langfristige Wettbewerbsfähigkeit unseres Forschungsstandorts ausdrücklich. Es wird jedoch entscheidend sein, ob es gelingt, die langfristige steuerliche Attraktivität des Kantons zu sichern. Zudem dürfen wir unsere treibende Kraft im Kanton, das lokale Gewerbe und die KMU, nicht aus den Augen verlieren. Auch sie müssen im Zentrum einer guten Wirtschaftspolitik stehen.

Mit grosser Sorge betrachten wir das anhaltende Ausgabenwachstum. Der Betriebsaufwand stieg gegenüber dem Vorjahr um 619 Mio. Franken. Gleichzeitig belasten uns die Zahlungen in den nationalen Finanzausgleich, weil sie sich auf einen Rekordwert von 225 Mio. Franken erhöht haben und uns dem finanzpolitischen Handlungsspielraum entziehen. Ein wesentlicher struktureller Kostentreiber bleibt der Personalaufwand. Der kantonale Headcount hat sich 2025 deutlich auf insgesamt 13'294 Mitarbeitende erhöht. Wir anerkennen selbstverständlich, dass neue gesetzliche Aufgaben und demografische Entwicklungen personelle Ressourcen erfordern. Dennoch fordern wir den Regierungsrat auf, Effizienzgewinne durch die Digitalisierung endlich konsequent zu realisieren. Das Projekt E-Rechnung zum Beispiel hat keinen direkten Stellenabbau nach sich gezogen. Wir erwarten in Zukunft bei Digitalisierungsprojekten einen klaren Beleg für die sogenannte Digitalisierungsrendite.

Im Erziehungsdepartement bereiten uns die immens gestiegenen Kosten für Stellvertretungen grosse Sorgen. Die krankheitsbedingten Ausfälle in der Volksschule haben seit dem Jahr 2020 um 27% zugenommen und verharren seither konstant auf hohem Niveau. Die Mitte-EVP fordert hier ein wirksames und massgeblich verbessertes Gesundheitsmanagement an den Schulen, anstatt die Probleme lediglich durch den vermehrten Ausfall von Lektionen abzufedern.

Eine enorm kritische Situation zeigt sich auch bei der Kantonspolizei. Der personelle Unterbestand ist besorgniserregend. Gegenüber dem Sollbestand fehlen 135 Stellen, davon allein 112 bei den uniformierten Kräften. Die Belastung der Polizistinnen und Polizisten, zuletzt weiter verschärfter Grossanlässe wie den Eurovision Song Contest und die Women's Euro, ist grenzwertig. Sicherheit ist die absolute Kernaufgabe des Staates. Wir begrüssen daher die eingeleitete Reorganisation, den Kulturwandel und die verstärkten Rekrutierungsbemühungen, insbesondere der gezielten Erhöhung des Frauenanteils. Diese Massnahmen müssen rasch und nachhaltig greifen.

Auch im Sozial- und Gesundheitsbereich stehen wir vor Herausforderungen. Die Sozialkosten beliefen sich im 2025 auf 737 Mio. Franken. Wir begrüssen die Bemühungen des Gesundheitsdepartements, insbesondere die vom Regierungsrat in Kraft gesetzte Tarifiereduktion bei der kommerziell angebotenen Pflege durch Angehörige, um dortigen Fehlentwicklungen am Markt und rasanten Kostensteigerungen konsequent zu begegnen.

Der Kanton weist weiterhin ein erfreulich hohes Investitionsvolumen auf. Im Rechnungsjahr wurden netto 417 Mio. Franken investiert. Allerdings müssen wir konstatieren, dass der Selbstfinanzierungsgrad auf 66,7% gesunken ist. Das bedeutet schlichtweg, wir können einen Drittel unserer Investitionen nicht aus eigenen Mitteln finanzieren. Das Nettovermögen des Kantons ist folglich im vergangenen Jahr um 139 Mio. Franken gesunken. Hinzu kommt, dass das budgetierte Investitionsvolumen erneut nicht voll ausgeschöpft werden konnte. Der Ausschöpfungsgrad lag bei nur 82,4%. Wir sehen grosse Verzögerungen, etwa bei der Trambeschaffung Plus, wo eine Tranche von 41 Mio. Franken nicht abgerufen wurde, weil aus bekannten Gründen auf die Beschaffung neuer Trams verzichtet werden musste.

Solche Projektverschiebungen und auch unzureichende Ressourcenplanung bei IT-Vorhaben werfen zunehmend Fragen der Umsetzungsfähigkeit in der Verwaltung auf. Wir brauchen eine bessere Priorisierung und ein strafferes Projektcontrolling, um unsere Infrastruktur zukunftsfähig zu halten, ohne künftige Generationen mit ungedeckten Schulden zu belasten.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die Jahresrechnung 2025 ist ein klares Signal. Die Zeiten fast schon unbegrenzten strukturellen Überschüsse sind vorbei. Die Fraktion Mitte-EVP fordert die kommenden Jahre eine verstärkte Priorisierung der Aufgaben. Wir müssen unsere Ressourcen gezielt für eine nachhaltige Infrastruktur, für Bildung, Sicherheit und einen starken Wirtschaftsstandort einsetzen, anstatt ein ungebremstes Kostenwachstum eines Staates zuzulassen. Wir werden dazu nach der Sommerpause auch noch einige Vorstösse lancieren.

Die Finanzkommission kommt zum Schluss, dass die Rechnung ordnungsmässig erstellt ist und empfiehlt sie zur Annahme. Im Namen der Fraktion Mitte-EVP betrage ich Ihnen deshalb, der Jahresrechnung des Kantons Basel-Stadt und den weiteren Grossratsbeschlüssen zuzustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher ist Philip Karger für die LDP.

Philip Karger (LDP): Ein Überschuss von knapp 12 Mio. Franken in der Jahresrechnung klingt zunächst nach einem guten Ergebnis, doch ist es das wirklich? Bei einem Gesamtertrag von über 5,4 Mia. Franken ist dies kaum mehr als eine schwarze Null, ein Resultat, das uns nicht in falscher Sicherheit wiegen darf. Für uns als LDP ist dieses Ergebnis kein Grund zur Euphorie, sondern ein deutliches Warnsignal. Die Ausgaben wachsen schneller als unsere finanzielle Stabilität. Dazu tragen



nicht zuletzt die zahlreichen Nachtragskredite und Budgetpostulate bei, die wir von wenigen Ausnahmen abgesehen regelmässig bewilligen. Über die langfristigen Konsequenzen machen sich jedoch die wenigsten Gedanken. Gerade das wäre aber entscheidend für eine nachhaltige Finanzpolitik.

Das operative Betriebsergebnis mit einem Defizit von 348,5 Mio. Franken ist deutlich schlechter ausgefallen als geplant. Dass am Ende dennoch ein positives Gesamtergebnis ausgewiesen werden kann, ist ausschliesslich auf ausserordentliche Sondereffekte im Finanzergebnis zurückzuführen. Ohne die einmaligen Jubiläumsausschüttung der Basler Kantonalbank und die höheren Gewinnablieferungen der IWB und Buchgewinne durch Aufwertungen im Finanzvermögen sähe die Bilanz heute ganz anders aus. Diese Effekte haben das Ergebnis künstlich geschönt, während der strukturelle Überschuss der letzten Jahre faktisch aufgebraucht ist.

Besorgniserregend ist die Entwicklung der Verschuldung. Die Bruttoschulden sind im vergangenen Jahr markant auf über 3,7 Mia. Franken angestiegen. Das entspricht einer Verschuldung von 18'088 Franken pro Einwohnerin und Einwohner unseres Kantons. Gleichzeitig nimmt das Nettovermögen weiter ab, alleine im Berichtsjahr sank es um 139 Mio. Franken. Damit belasten wir kommende Generationen und schränken unseren finanziellen Handlungsspielraum zunehmend ein.

Auch das stetige Wachstum der Verwaltung bereitet uns Sorge. Im Jahr 2025 ist der kantonale Personalbestand wieder deutlich um 327,6 Stellen gestiegen. Zum personellen Wachstum kommt noch eine zusätzliche kostspielige Entwicklung hinzu, der massive Beizug externer Fachkräfte. In der IT müssen externe Spezialisten den Investitionsstau bewältigen. In Bereichen wie zum Beispiel dem LIF, Leben in Vielfalt, muss sogar auf teures Temporärpersonal zurückgegriffen werden, weil die internen Ressourcen nicht ausreichen. Es darf nicht sein, dass wir einerseits den internen Apparat immer weiter aufblähen und andererseits immer stärker von externen Beratern und Dienstleistern abhängig werden. Wir investieren Millionen in die Digitalisierung, doch die erhofften Effizienzgewinne sind in der Rechnung schlicht nicht spürbar. Die Ausgaben steigen, insbesondere in der Verwaltung und bei neuen Förderprogrammen. Vieles davon ist gut gemeint, doch gut gemeint bedeutet nicht automatisch gut für die Staatsfinanzen und schon gar nicht für deren langfristige Tragfähigkeit.

Wir müssen zu einer nachhaltigen Finanzpolitik zurückkehren, die sich an verfügbaren Ressourcen orientiert. Unser Leitfaden muss künftig lauten, brauchen wir das wirklich, nicht alles, was wünschbar ist, ist auch notwendig. Der Grundsatz Nice to have muss dem Grundsatz Must we really have weichen. Diese Frage sollte zentral bei jeder Ausgabenentscheidung gestellt werden. Jeder Franken, den der Staat ausgibt, muss zuerst erwirtschaftet werden von Menschen, die arbeiten, von Unternehmen, die investieren und von einer Wirtschaft, die auf verlässliche Rahmenbedingungen angewiesen ist. Deshalb muss jede Ausgabe konsequent auf ihre Notwendigkeit, ihre Wirksamkeit und ihren Nutzen überprüft werden.

Im Namen der LDP-Fraktion danke ich der Finanzkommission, der Finanzkontrolle, der Verwaltung und der Regierung für die geleistete Arbeit. Unser grösster Dank gilt jedoch den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, die diesen Haushalt überhaupt erst ermöglichen. Die Fraktion der LDP stimmt der Jahresrechnung 2025 und dem Bericht der Finanzkommission zu.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die BastA ist Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (BastA): Die Jahresrechnung 2025 zeigt, Basel-Stadt steht finanziell auf einer soliden Grundlage. Trotz anspruchsvoller Rahmenbedingungen schliesst der Kanton mit einem Überschuss ab, das ist erfreulich, gleichzeitig wirft die Rechnung eine politische Grundsatzfrage auf: Wo setzen wir unsere Prioritäten? Für uns ist klar, die steigenden Ausgaben in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Bildung und öffentlicher Verkehr sind kein Problem, sondern Ausdruck realer Bedürfnisse. Eine älter werdende Bevölkerung, steigende Gesundheitskosten, der Bedarf an guten Schulen und die Herausforderungen der Klimakrise lassen sich nicht mit Ausgabendisziplin oder gar Sparprogrammen lösen, sie erfordern öffentliche Investitionen.

Deshalb greift die Diskussion über die Staatsfinanzen zu kurz, wenn sie sich fast ausschliesslich um Ausgabendisziplin dreht. Die Rechnung zeigt nämlich auch, dass die Unternehmenssteuern deutlich über Budget lagen, dass die Basler Kantonalbank einen wichtigen Beitrag zum Ergebnis leistet und dass die OECD-Ergänzungssteuer künftig zusätzliche Einnahmen bringen wird. Die Frage ist also nicht nur, was wir ausgeben, die Frage ist vor allem, wofür wir die vorhandenen Mittel einsetzen.

Besonders deutlich wird dies bei den Einnahmen aus der OECD-Mindestbesteuerung. Die Mehrheit dieses Parlaments hat sich für die Schaffung des Fonds entschieden und die Stimmbevölkerung hat diesen Entscheid bestätigt. Wir haben diese Lösung damals abgelehnt, akzeptieren das Abstimmungsergebnis, werden aber nicht aufhören, die Folgen und Schattenseite dieser Fondsbildung zu benennen und zu bekämpfen. Denn aus unserer Sicht hat sich bestätigt, was wir immer gesagt haben, ein erheblicher Teil der zusätzlichen Steuereinnahmen fliesst wieder in die Förderung grosser Unternehmen. Die Zahlen sprechen für sich. Bereits heute gehen 91% der Innovationsfördermittel an Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitenden, der überwiegende Teil davon, nämlich 82%, an Konzerne mit über 2'500 Mitarbeitenden.



Die Rechnung zeigt also ganz klar, die zusätzlichen Einnahmen sind vorhanden, Basel-Stadt verfügt über finanzielle Spielräume, der Regierungsrat muss den OECD-Fonds nicht vollfüllen. Ausserdem sind die 12 Mio. Franken Überschuss keine Peanuts. Der Regierungsrat wehrt sich immer gegen Budgetpostulate, die aber bei der Bevölkerung Wild bewirken können. Die Jahresrechnung bestätigt aber einmal mehr, dass die Realität oft besser aussieht als prognostiziert. Deshalb sollte die Diskussion nicht von angeblichen Sparzwängen oder Ausgabendisziplin geprägt sein, sondern von der Frage, welche Prioritäten wir setzen.

Unsere Prioritäten liegen ganz klar bei der Bevölkerung, zum Beispiel bei der sozialen Sicherheit. Die Arbeitslosenzahlen geben zu denken, die Zahlen steigen, insbesondere bei den Jugendlichen. Im Mai lag die Jugendarbeitslosigkeit sogar bei 5%. Diese Tendenz wirft Fragen auf: Wie viele Stellenverluste sind der KI geschuldet, welche Folgen hat die Langzeitarbeitslosigkeit, wie viele Menschen werden später auf Sozialhilfe angewiesen sein? Wir können hier nicht wegschauen und uns dann überrascht zeigen, wenn die Kosten steigen.

Fragen über Fragen, aber wichtige Themen, die prioritär angegangen werden müssen für einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt und für eine lebenswerte Zukunft für alle. Wir brauchen gute Schulen, die niemanden zurücklässt, wir brauchen auch ein belastungsfähiges Gesundheitswesen mit genügend und gut entlohntem Personal, schliesslich herrscht dort Personalmangel. Wir brauchen Investitionen in bezahlbaren Wohnraum und wir brauchen einen Regierungsrat, der sich nicht scheut, in den Wohnungsmarkt einzugreifen. Auch ein starker öffentlicher Verkehr muss priorisiert werden. Wir dürfen hier nicht einfach die Kosten bremsen und entsprechende Personalkündigungen akzeptieren, Kündigungen, die laut Finanzkommission unter Berücksichtigung von Leistung, Verhalten und sozialen Kriterien erfolgt sein sollen, was auch immer das heissen mag. Es hat viele langjährige Mitarbeitende betroffen, was den bereits leidierten Image der BVB nicht gut tut. Wir müssen den öffentlichen Verkehr stärken und fördern, nicht schwächen, wenn wir die Klimawende erreichen wollen. Und last but not least brauchen wir Investitionen, Grossinvestitionen, in den Klimaschutz und die Energiewende. Dieser Spätfürhling bzw. Frühsommer erinnert uns daran, dass die Klimakrise keine abstrakte Zukunftsfrage mehr ist.

In diesem Zusammenhang und am Rande noch eine kurze Bemerkung und eine Frage: Die Sonnenschirme im öffentlichen Raum werden rege benutzt, aber es gibt zu wenige davon. Zudem sind sie nur ein kleiner Tropfen auf dem heissen Pflaster. Wo sind die übrigen 32 Standorte, an denen die Installation der Sonnenschirme nicht stattgefunden hat? Da hätte ich gerne eine Antwort gehabt, vielleicht kriegen wir noch heute eine Antwort.

Zum Schluss: Wir stimmen dieser Jahresrechnung zu, sie zeigt, dass wir die Mittel haben, um die Herausforderungen unserer Zeit anzugehen. Entscheidend ist deshalb nicht, wie wir die Ausgaben um jeden Preis begrenzen, sondern wie wir unsere Ressourcen sinnvoll einsetzen. Setzen wir die Prioritäten dort, wo sie den Menschen in diesem Kanton zugutekommen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin ist Anouk Feurer für die GRÜNE/jgb.

Anouk Feurer (GRÜNE/jgb): Sie haben es sicher auch bemerkt, es ist heiss da draussen, auch hier drin. Die aktuelle Hitzewelle führt uns einmal mehr vor Augen, dass Extremwetterereignisse längst keine ferne Zukunftsszenarien mehr sind, sondern spürbare Realität auch hier für uns in Basel. Nehmen wir diese Hitze als spürbaren Anlass, um einen Blick auf die Jahresrechnung 2025 und den Bericht der Finanzkommission zu werfen. Was hat der Kanton im vergangenen Jahr konkret gegen die Klimakrise und für die Klimaadaptionsmassnahmen getan?

Beginnen wir beim Präsidialdepartement, welches hier die Federführung innehat. Das neue Klimaportal ist ein tolles Tool, es zeigt transparent auf, wo wir auf dem Weg zum Netto-Null-Ziel 2037 stehen. Ein kleiner Fun Fact dazu, auf der Homepage steht, Basel möchte seine Emissionen von rund 700'000 Tonnen auf Netto-Null senken, präziser wäre, der Kanton muss und die Bevölkerung will es so, das ist ein klarer Auftrag. Das Tool ist nützlich, aber führt uns auch vor Augen, wie langsam wir in den entscheidenden Bereichen wie zum Beispiel beim Bauen oder beim motorisierten Individualverkehr vorwärtskommen. Immerhin arbeitet das Portal mit einer transparenten Ampel von schnell über Fortschritt auf langsam.

Beim parallel geführten Klimaportal für die klimaneutrale Verwaltung fehlt eine solche Einteilung ganz. Hier bleibt die Frage offen, wie weit wir dort eigentlich sind. Eine prominente Massnahme des letzten Jahres war das Standortpaket. Wenn wir dort hinschauen, sehen wir, 20% der Mittel waren für Gesellschaft und Umwelt vorgesehen. Es wurden 34 Gesuche in diesem Bereich bewilligt, wovon die Umweltprojekte wiederum nur eine Minderheit ausmachten. Insgesamt wurden knapp 6 Mio. Franken gesprochen. Bei einem Gesamtvolumen des Standortpakets von 246 Mio. Franken ist das ein verschwindend geringer Anteil für den ökologischen Umbau. Angesichts der massiven Auswirkungen der Klimakrise auf unsere Gesundheit und die Gesellschaft muss hier künftig einfach mehr möglich sein.

Hitzeschutz ist primär eine bauliche Aufgabe, wie man zum Beispiel bei der Entwicklung der Transformationsareale sieht. Wir müssen Massnahmen zur Verbesserung des Stadtklimas sowohl im Verwaltungsvermögen als auch im Finanzvermögen, namentlich bei den Immobilien Basel-Stadt, konsequenter vorantreiben. Aktuell sehen wir da vor allem auch



Sensibilisierungsmassnahmen, Sonnenschirme oder Sprühnebelverdunster. Das ist nett und wirklich auch hilfreich, reicht aber bei weitem nicht aus.

Positiv zu erwähnen ist, dass die Arbeitsgruppe Hitzeminderung an Schulen ihre Arbeit aufgenommen hat. Das ist ebenfalls schön und beruhigend, aber es stimmt auch nachdenklich, dass eine solche Struktur erst im Jahr 2025 geschaffen wurde. Die Klimakrise und ihre Folgen für Schulkinder sind schliesslich nicht erst seit gestern bekannt, sondern spätestens seit dem Klimastreik an den Schulen im Jahr 2018.

Besonders augenfällig ist das Fehlen der Themen Hitze und Klima im Gesundheitsdepartement. Da stellt sich für uns die grundsätzliche Frage: Ist Hitze in Basel kein Gesundheitsthema? Wissenschaftlich ist längst erwiesen, dass anhaltende Hitze ein massiver Risikofaktor ist, sie führt zu Hitzeschlägen, verstärkt psychische Störungen und korreliert nachweislich mit einer erhöhten Suizidrate. Klimaschutz ist deshalb Gesundheitsschutz. Doch eine ressortübergreifende, institutionalisierte Zusammenarbeit der Departemente scheint hier noch zu fehlen.

Die Hitze hat zudem gesellschaftliche Nebeneffekte, die auch das Sicherheitsdepartement betreffen. Mit steigenden Temperaturen nimmt statistisch die Zahl der Gewaltdelikte, spezifisch die häusliche und verbale Gewalt, zu. Wenn wir also den aktuellen Polizeiunterbestand entlasten wollen, gehört dazu auch die präventive Minimierung des Faktors Hitze im urbanen Raum.

Das Wort Hitze kommt im Bericht der Finanzkommission genau ein einziges Mal vor. Das ist auch ein Stück Selbstkritik an uns als Kommission, beim Budget müssen und werden wir das genauer angehen. Im Jahresbericht der Regierung taucht das Wort immerhin achtmal auf. Vielleicht fragen Sie sich jetzt: Ist ihr die Hitze so in den Kopf gestiegen oder wieso spricht sie fünf Minuten lang über das Klima, dabei geht es hier um die Jahresrechnung? Wir alle wissen, dass die Klimakrise ein milliardenschweres finanzielles Risiko für unsere Gesellschaft, die Wirtschaft und letztlich auch die Staatsfinanzen darstellt. Das Thema Klimaanpassung muss eine weitaus stärkere strategische Bedeutung erhalten, und zwar dauerhaft und nicht nur dann, wenn unser Thermometer die 35-Grad-Marke erreicht und wir die Auswirkungen am eigenen Körper spüren. Würden wir die Klimakrise mit der notwendigen Konsequenz priorisieren, würden wir heute alles tun, was möglich ist. Das würde die Jahresrechnung vielleicht den einen oder anderen Gewinn kosten oder gar vielleicht zu einem Defizit führen, aber es würde uns allen und gerade den verletzlichsten Gruppen unserer Bevölkerung das Leben während solchen Hitzewellen erträglicher machen. Und letztlich werden wir auch nur so unserer Verantwortung den kommenden Generationen gegenüber gerecht.

Selbstverständlich geht es aber im Jahresbericht nicht nur ums Klima, deshalb werden wir uns zu den einzelnen Departementen auch später noch äussern. An dieser Stelle möchten wir uns herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kantons und speziell bei Matthias Wiesinger für seine Arbeit in der Finanzkommission, bei den Gerichten und bei der Finanzkontrolle bedanken. Ausserdem bedanke ich mich herzlich bei den Mitgliedern der Finanzkommission für die gute Zusammenarbeit. Im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb bitten wir Sie deshalb, den Jahresbericht 2025 des Regierungsrats, den Bericht des Gerichtsrats und Gerichte des Jahres 2025 sowie den Bericht der Finanzkommission zu genehmigen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher ist Daniel Seiler für die FDP.

Daniel Seiler (FDP): Vorab: Hitzeschutz in Räumlichkeiten machen wir am besten mit Klimaanlagen. Kommen wir aber zurück zur Jahresrechnung. Unser Betrieb, also ich spreche jetzt nicht vom Ratsbetrieb, sondern ich spreche vom Betrieb von unserem schönen Kanton, kostet mittlerweile 5,2 Mia. Franken und macht in der Betriebsrechnung ein Defizit von 350 Mio. Franken. Also wir nehmen 350 Mio. Franken zu wenig ein oder geben 350 Mio. Franken zu viel aus. Ohne das Finanzergebnis hätten wir eben dieses Betriebsdefizit.

Dieses Betriebsdefizit hat sich im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt, es waren noch 160 Millionen und wie das die Regierungsrätin auch ausgeführt hat, wir haben da kein Einnahmeproblem, sondern wir haben ein Ausgabeproblem. Der Betriebsaufwand ist um 13,5% gestiegen. Vielleicht ist das eine abstrakte Zahl für einige, wenn wir die Referenzgrössen anschauen, die Teuerung liegt bei 0,5%, die Zinsbelastung bei 1,2% und das Bevölkerungswachstum bei 1%. Wir können natürlich jetzt das Standortpaket noch herausrechnen. Aber auch das dann im Vergleich mit dem 1% Bevölkerungswachstum zeigt, wir haben ein Problem auf der Ausgabenseite. Der Personalaufwand ist um 5,6% gestiegen. Auch wenn wir das vergleichen mit dem einen Prozentpunkt, dann ist das eine Verfünffachung.

Es wurde vorher auch einiges schon gesagt über unseren Standort und die Standortattraktivität und die Wirkung. Das Bruttosozialprodukt wächst in unserer Region überdurchschnittlich, das sind 3,6%, auch hier wieder der Vergleich zum Wachstum der Personalkosten von 5,6%. Ein sehr gutes Wirtschaftswachstum liegt deutlich unter dem Wachstum, das wir haben beim Personalaufwand. Wir kennen die Treiber von Wirtschaftswachstum und wir sehen auch zu Recht, das sehen wir auch, die Arbeitslosigkeit ist bei 4,5 mittlerweile, die liegt ein Prozentpunkt über der Stadt Zürich, nicht Kanton Zürich, das sind Zahlen, mit denen wir vorsichtig sein müssen. Wir sehen seit Jahren, dass die Beschäftigung in Basel-Stadt stagniert,



das müssen wir wirklich im Auge behalten, da bin ich einverstanden. Aber was sind die Konsequenzen von diesem Ausgabenwachstum? Wir können die Investitionen nur noch mit 67% selber finanzieren, das waren letztes Jahr noch 90%. Das Nettovermögen ist um ein Drittel gesunken, die Bruttoschulden um 14% gestiegen, das sind 2000 Franken mehr Bruttoschulden pro Person in dieser Stadt, und pro Kopf 18'100 Franken. Das sind absolute Spitzenwerte, und wenn man das vergleicht mit den besten Werten beim Brutto sozialprodukt, dann stimmen doch die Dimensionen hier nicht. Ich weiss, ich wiederhole mich zu dem Thema, aber ich glaube, wir müssen jetzt wirklich langsam anfangen, mit diesen Ausgaben sorgfältig umzugehen und auch uns einmal fragen, ob wir alles wirklich zusätzlich hier drin genehmigen müssen. Ich kann hier noch die Worten von Jean-Paul Getty, ein Industrieller aus Amerika, zitieren: Sparmassnahmen muss man ergreifen, wenn man viel Geld verdient. Sobald man in den roten Zahlen ist, ist es zu spät.

Ob es schon zu spät ist, weiss ich nicht, aber wenn wir die negativen Kennzahlen vom Finanzplan anschauen, wenn wir dann über das Budget diskutieren, haben wir da schon relativ viele rote Lampen. Die FDP begrüsst denn auch die Aussagen der Regierung, wonach sie eben auch die Herausforderung nicht auf der Einnahmeseite sieht, sondern eher auf der Ausgabenseite und dass diese zu priorisieren seien. Priorisierung ist aus meinem Verständnis nicht, noch mehr auszugeben und zu priorisieren, was wir zusätzlich mehr ausgeben, sondern vielleicht wirklich mal darüber diskutieren, wo wir auch einmal ein bisschen weniger ausgeben können.

Ein Beispiel dafür sind die Einsparungen, die man jetzt gemacht hat beim öffentlichen Verkehr. Interessanterweise wurde da die 1% definiert, dass das BVD nur noch 1% wachsen darf, also was den öffentlichen Verkehr betrifft. Ich nehme mal an, die 1% sind mit dem 1% Bevölkerungswachstum verbunden. Die BVB hat die Untersuchung gemacht und hat Effizienzsteigerungen eingeleitet. Dass dabei natürlich Kündigungen nicht erfreulich sind, das ist uns allen klar und das wollen wir eigentlich nicht. Darum müssen wir eben vorher anfangen zu überlegen, ob wir all diese zusätzlichen Ausgaben und Stellen schaffen wollen.

Noch ein Wort zu der Priorisierung auch beim BVD. Da geht es um das Geschäftsmodell Infrastruktur. Da haben wir festgestellt, dass 190 Projekte in der Phase der Vorprojektphase sich befinden. Was das genau kostenmässig und zeitmässig heisst wissen wir nicht. Aber dass diese 190 Projekte am Schluss natürlich auch einen Einfluss haben auf die Dauer der Projekte, das sehen wir an den ganzen Projektdiskussionen und Planungsdiskussionen in der Rosental-Anlage, wo wir seit 25 Jahren dran sind. Darüber diskutieren wir dann morgen.

Über die weiteren Departemente wurde einiges schon gesagt, das muss ich nicht wiederholen. Für die FDP ist klar, wenn der Betriebsaufwand weiter überproportional wächst und es keine Priorisierung gibt, dann werden wir auch in Zukunft drängen, dass wir auf der Einnahmeseite ansetzen, das heisst für uns weiterhin Steuersenkungen. Regierungsrätin Tanja Soland hat es noch gesagt, das Budget wurde vielleicht ein bisschen zu eng budgetiert. Ich hoffe nicht, dass das eine Motivation ist, dass man in Zukunft weniger eng budgetiert und damit das Budget steigt. Die FDP ist dafür zu haben, in der nächsten Diskussion auch wieder darüber zu diskutieren, dass wir kein negatives Budget haben werden und wir werden das auch nicht akzeptieren. Die FDP stimmt dem Jahresbericht zu und bedankt sich beim Regierungsrat und der Verwaltung und den Mitarbeitenden für die Auskunft und die Zeit.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin ist Julia Baumgartner für die SP.

Julia Baumgartner (SP): Wie Sie dem Bericht entnehmen können, schliesst die Rechnung mit einem Überschuss von knapp 12 Mio. Franken ab. Es handelt sich um ein ausgeglichenes Ergebnis. Generell können wir heute festhalten, dass sich der Kanton weiterhin in einer finanziell soliden Lage befindet. Der Bericht zeigt auf, dass Basel-Stadt wirtschaftlich stärker wächst als die Schweiz, und ein Kanton, der so dynamisch wächst, braucht erst recht eine leistungsfähige öffentliche Hand. Gute Schulen, eine funktionierende Gesundheitsversorgung, bezahlbaren Wohnraum, eine Verwaltung, die mit all dem mithalten kann, statt hinterherzurrennen. Wirtschaftliche Dynamik und starker Service public bedingen sich gegenseitig.

Wer in Basel-Stadt investieren will, sucht nicht in erster Linie tiefe Steuern, sondern vor allem auch einen funktionierenden Kanton. Und ein funktionierender Kanton, der wächst, hat logischerweise auch wachsende Bedürfnisse und wachsende Ausgaben. Dies hält auch die Finanzkommission in ihrem Bericht so fest. Ebenfalls zu lesen im Bericht ist die Aussage, dass sich das Ausgabenwachstum im Verhältnis zu den Einnahmen bewegen sollte. Die logische Schlussfolgerung zu dieser Aussage ist aber eben nicht, die Ausgaben dort zu kürzen, wo die Bedürfnisse wachsen. Was wir machen müssen, ist, die Einnahmenseite zu sichern. Steuersenkungen, wie sie von bürgerlicher Seite so erwartbar wie das Amen in der Kirche gefordert werden, sind das genaue Gegenteil davon. Der Kanton hat auch 2025 wichtige Investitionen getätigt in Schulhäuser, Infrastruktur, Klimaschutz, Digitalisierung, Wohnraum und öffentliche Einrichtungen, und trotz hohem Investitionsvolumen verfügt der Kanton weiterhin über ein Nettovermögen. Es zeigt, ein hohes Investitionsvolumen ist mit dieser soliden Finanzlage vereinbar.

Wo sich für uns jedoch ein paar Fragezeichen stellen, ist die wiederholt sinkende Ausschöpfung der Investitionsrechnung. Dies hat natürlich auch mit Verzögerungen, unter anderem auch wegen Einsparungen, zu tun. Es stellt sich für uns trotzdem



auch die Frage, ob es allenfalls in gewissen Bereichen mehr Personal und Ressourcen in der Projektabwicklung braucht, damit budgetierte und politisch beschlossene Vorhaben auch tatsächlich umgesetzt werden. Letztendlich geht es darum, dass die Mittel auch dort ankommen, wo sie der Bevölkerung etwas nützen.

Wir haben heute schon einiges gehört zum Headcount, dass der kantonale Personalbestand erneut gewachsen ist. Das stimmt, aber das musste er auch. Auf bürgerlicher Seite wird diese Zunahme aber oft pauschal kritisiert. Es stellt sich hier aber eine grundsätzliche Frage, was diese Zahl eigentlich aussagt. Der Headcount isoliert sagt nichts darüber aus, ob der Kanton gut arbeitet oder ob die Bevölkerung gut versorgt wird, auch wenn die Bürgerlichen dies oft suggerieren. Es leuchtet allen ein, wenn die Schüler:innenzahl steigt, braucht es auch mehr Lehrpersonen, wenn neue gesetzliche Aufgaben hinzukommen, braucht es dafür das nötige Personal. Im Bericht hält die Kommission selbst fest, dass der Grossteil des Stellenwachstums sachlich begründet ist. Wichtig ist aus unserer Sicht, dass man den Befund nicht vom Erklärungsabteil abtrennen darf, nur weil einem halt die Schlagzeile, dass der Personalbestand wächst, besser passt als die Erklärung dahinter.

Zum Standortförderpaket: Die SP-Fraktion hat diesem Paket im Grossen Rat zugestimmt, nun geht es um die Umsetzung und da lässt sich festhalten, dass 91% der gesprochenen Fördermittel an Unternehmen flossen mit mehr als 250 Mitarbeitenden, der grösste Teil davon an Firmen mit über 2'500 Beschäftigten. Für die SP ist zentral, dass darauf hingearbeitet wird, dass auch vermehrt kleinere Unternehmen von den Fördermitteln profitieren können. Wir schliessen uns ausserdem der Aussage der Finanzkommission an, dass die Wirkung der Mittel sorgfältig zu überprüfen und transparent auszuweisen ist. Ebenfalls wichtig für die SP-Fraktion ist, dass es in diesem Jahr nun auch im Bereich Forschungsk Kooperationen vorwärtsgelht. Dies war neben der Elternzeit und dem Klimaschutz doch auch ein wichtiges Argument, weshalb wir letztlich dem Paket zugestimmt haben. Und die letztgenannten Punkte müssen jetzt breiter bekanntgemacht werden und die Antragstellung muss möglichst niederschwellig sein.

Zu den Museen: Die SP-Fraktion freut sich über die starken Besucher:innen-Zahlen in mehreren Museen. Das Naturhistorische Museum hat mit über 176'000 Besuchenden einen historischen Rekord erzielt. Das zeigt, dass unsere Museen lebendige Orte sind und die Bevölkerung erreichen. Ein besonderes Anliegen ist uns die Provenienzforschung. Das wurde im letzten Kulturleitbild auch so gefordert, also die Museen wurden ausdrücklich dazu aufgefordert, Provenienzforschung zu etablieren, die Aufarbeitung von kolonialer Sammlungsgeschichte und die Frage nach der Herkunft von Werken sind Fragen von historischer Verantwortung und auch der Glaubwürdigkeit unserer Institutionen. Was uns dabei jedoch Sorgen bereitet, ist die Finanzierung. Diese hängt in mehreren Häusern stark an befristeten Rahmenausgabenbewilligungen und Drittmitteln. Wir erwarten, dass die Provenienzforschung strukturell verankert wird. Wer einen politischen Auftrag erteilt, muss auch für dessen langfristige Finanzierung einstehen.

Zur Kantonspolizei: Ich mache jetzt ein paar Sprünge, ich werde nicht im Detail alles aus dem Bericht wiederholen, dazu haben wir heute ja auch schon viel gehört. Die SP-Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass bei der Kantonspolizei und beim Kulturwandel erste Schritte unternommen wurden, neue Führungsstrukturen, verpflichtende Workshops, eine stärkere Konzentration auf die Grundversorgung. Das anerkennen wir, aber es reicht noch nicht. Der Frauenanteil bleibt tief und die Rekrutierungsbemühungen in diese Richtung sind richtig, müssen aber konsequenter verfolgt werden. Und ein vertrauensvolles, gesundes Arbeitsklima intern ist zentrale Voraussetzung dafür, dass eine Polizei ihren Auftrag gegenüber der Bevölkerung überhaupt erfüllen kann.

Zum BVD würde ich gerne einfach etwas Kurzes zum U-Abo sagen. Die Finanzkommission hat im Februar 2026 aus den Medien erfahren, dass es bei den Kantonsbeiträgen an das U-Abo für die Jahre 2020 bis 2023 eine IT-Panne gab. Dies hatte eine Nachzahlung von 7,5 Mio. Franken zur Folge. Der BVB war dieser Fehler seit 2024 bekannt. Dass ein Fehler dieser Grössenordnung so lange bekannt war, ohne dass er zeitnah kommuniziert wurde, ist aus unserer Sicht fragwürdig. Wir erwarten, dass solche Pannen künftig umgehend offengelegt werden gegenüber dem Parlament, aber auch gegenüber der Öffentlichkeit.

Zum Erziehungsdepartement und zum Gesundheitsdepartement wird nachher meine Kollegin Jessica Brandenburger noch etwas sagen.

Zum Schluss möchte ich im Namen der SP-Fraktion auch eine Würdigung für die Arbeit von Regierung und Verwaltung und insbesondere Finanzdirektorin Tanja Soland aussprechen. Die Rechnung 2025 entstand in einem Jahr mit aussergewöhnlichen Herausforderungen, der Umsetzung der OECD-Mindestbesteuerung, volatilen Steuererträgen, einem hohen Investitionsvolumen. Dass der Kanton trotzdem so nahe am Budget abschliesst, ist keine Selbstverständlichkeit.

Abschliessend möchte ich daran erinnern, dass wir mit unseren finanzpolitischen Entscheiden immer im Blick haben müssen, was für ein Kanton wir sein wollen. Für uns ist klar, wir wollen einen klimafreundlichen Kanton mit guter Bildung, mit einem starken sozialen Netz, das niemanden zurücklässt, und wir stehen für hohe Lebensqualität für alle Generationen. Dass eine gute Infrastruktur kostet, ist klar, dass wir alle davon profitieren, ebenfalls. Deshalb stimmt die SP-Fraktion der Genehmigung der Jahresrechnung 2025 zu und wird weiter dafür eintreten, dass dieser Kanton die Mittel, die er hat, dort einsetzt, wo sie wirken, bei den Menschen, die hier leben.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher ist Pascal Messerli für die SVP.

Pascal Messerli (SVP): Auch die SVP-Fraktion nimmt die Rechnung zur Kenntnis und wird diese so genehmigen. Auf den ersten Blick scheint alles in Ordnung zu sein, der Kanton schliesst mit einem Überschuss ab, die Steuererträge bleiben hoch, die Basler Kantonalbank liefert eine Rekordausschüttung, die Bilanz des Kantons ist weiterhin solide. Doch die eigentliche Frage lautet aus Sicht der SVP-Fraktion, weshalb bei diesen Rekordergebnissen überhaupt nur noch ein Überschuss von 12 Mio. Franken übrig bleibt, und die Antwort darauf ist klar: Wir haben nicht zu wenig Einnahmen, wir haben zu viele Ausgaben. Das plädiert die SVP-Fraktion schon seit Jahren in der Budgetdebatte und redet hier offensichtlich an eine Wand.

Der Kanton Basel-Stadt wächst uferlos und nicht nachhaltig. Mittlerweile beschäftigt der Kanton 13'000 Mitarbeiter und es ist jetzt schon so sicher wie das Amen in der Kirche, dass auch beim nächsten Budget dies wieder klar überboten wird. Der Kanton schafft beliebig neue Programme, Projekte, Förderinstrumente und Verwaltungsstrukturen. Für die SVP-Fraktion ist es klar, dass es nicht so weitergehen kann, deshalb werden wir uns auch in Zukunft für neue Steuersenkungen einsetzen und auch die Initiative «Bürokratie-Stopp» der bürgerlichen Jungparteien mit grosser Überzeugung unterstützen.

Und als sei das uferlose Wachstum nicht alleine genug besorgniserregend, plant der Regierungsrat noch zusätzlich einen kostspieligen Umzug des Präsidialdepartements in ein Prestigeprojekt mitten in der Innenstadt. Die Bevölkerung fragt sich dabei zu Recht, ob das die dringendste Aufgabe des Kantons ist und ob der Kanton wirklich neue Verwaltungsflächen und Bürokomplexe für die Verwaltung an zentralster Lage benötigt. Wir von der SVP-Fraktion sind der Meinung, dass weniger mehr gewesen wäre, allerdings nehmen wir auch zur Kenntnis, dass die Selbstinszenierung offensichtlich wichtiger zu sein scheint als die Realpolitik. Man muss im Regierungspräsidium offensichtlich gefühlt täglich neue Botschafter aus Usbekistan, Kongo oder Curaçao in einem noch würdigeren Rahmen für lustige Social-Media-Posts empfangen, adäquate Kausalität zu einer Kantonsaufgabe – Fehlanzeige.

Und während die Verwaltung in den Büros uferlos wächst, fehlt es paradoxerweise ausgerechnet bei der zentralsten Staatsaufgabe Sicherheit an Personal. Der Unterbestand bei der Polizei ist immer noch bei über 100 und der Polizeikommandant muss sogar einräumen, dass bei gewissen Notrufen gar nicht mehr ausgerückt wird. Das ist nicht nur ein Alarmsignal im wahrsten Sinne des Wortes, wir befinden uns in einer Sicherheitskrise. Und hier auch gerne der Hinweis an die Regierungsrätinnen Tanja Soland und Stephanie Eymann: Es bringt dann halt auch nichts, wenn Sie jedes Mal bei der Rechnung oder bei Behandlung von sicherheitspolitischen Vorstössen das Problem abwürgen und die Situation schönreden. Der Kanton kann den Sicherheitsauftrag aktuell nicht wunschgemäss und ordnungsgemäss ausführen. Das ist ein Fakt bei einem konstanten Unterbestand von 100 und gleichzeitig der Tatsache, dass wir der kriminellste Kanton sind. Nehmen Sie doch das bitte endlich ernst und suchen Sie hier schnelle Lösungen. Dann bekommen Sie auch von der SVP-Fraktion vielleicht in Zukunft einmal ein positives Feedback im Bereich der Sicherheit, aktuell kann ich Ihnen aber auch garantieren, sind Sie davon so weit entfernt wie der FC Basel vom ersten Platz in der letzten Saison.

Ebenfalls besorgniserregend sind die Zahlen aus dem WSU. Die Arbeitslosenquote liegt inzwischen bei 4,6% im Kanton Basel-Stadt und damit deutlich über dem schweizerischen Durchschnitt. Die Sozialkosten sind jährlich ebenfalls auf einem hohen Niveau, wir haben wieder höhere Kosten bei der Sozialhilfe. Auch hier pflegt der Regierungsrat das Motto «Hauptsache das Problem nicht benennen», erinnert sich die SVP-Fraktion doch gut daran, wie die Interpellation von Joël Thüring bezüglich Arbeitslosigkeit und Zuwanderung im Rahmen der Abstimmung zur 10-Millionen-Schweiz mündlich abgewürgt wurde und man offenbar bewusst keine genauen Zahlen liefern konnte oder wollte. Lieber macht man auch hier lustige Videos auf Instagram, um wieder den Kreis zum Präsidialdepartement zu schliessen.

Fazit: Die SVP-Fraktion stellt hier falsche Prioritätensetzungen fest und fordert einen Fokus auf die Kernaufgaben. Diese Kernaufgaben bestehen selbstverständlich nicht nur aus der Sicherheit, es ist aber diese zentrale Staatsaufgabe, welche am meisten vernachlässigt wird und da müssen jetzt endlich Lösungen her. Die Rechnung wird von der SVP zur Kenntnis genommen und so genehmigt. Wie gesagt, wir fordern hier diese Priorisierung auf den Kernauftrag.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Einzelsprecher gemeldet hat sich Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Das ist meine einzige Rede an meinem heutigen Geburtstag, ich danke für die Gratulationen und ich begrüsse auch meinen Gast Navi Hofstetter.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Kommen Sie bitte zur Sache, Eric Weber.



Eric Weber (Fraktionslos): Danke für den Besuch. Schön, dass du dich freust.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Eric Weber, kommen Sie bitte zur Sache.

Eric Weber (Fraktionslos): Als Ein-Thema-Partei muss ich zu diesem Thema reden. Die grüne Vorrednerin hat ja über das Wetter gesprochen, dass es heiss ist, über ihr Thema Klima. Das war meine Vorrednerin von den Grünen, über ihr Thema, das im Parteinamen steht. Und auch ich muss natürlich über mein Thema reden, als Ein-Thema-Partei und als Präsident der Liste Ausländer Stopp muss ich natürlich sprechen. Und wie schön es ist, ich muss nur zu einem Thema komplex sprechen, Ausländer und Wirtschaftsasylanten, so ist es und so bleibt es.

Nach der verlorenen Abstimmung vom 14. Juni 2026 bekam ich viele Kondolenzschreiben und Nachrichten. 46% der Bevölkerung sagen, wir machen weiter. Und so sehe ich es auch. In den Emiraten, in Abu Dhabi...

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Eric Weber, das hat nichts mit der Jahresrechnung zu tun. Sprechen Sie zum Thema. Das ist die letzte Verwarnung sonst gibt es einen Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte einfach feststellen als Steuerzahler, der wirklich Steuern bezahlt hat, dass es Länder gibt, in denen man keine Steuern zahlen muss. In Abu Dhabi bezahlt man keine Steuern, auch keine Krankenkasse. Und ich muss einfach feststellen als Grossrat seit 43 Jahren, würden wir nicht Milliarden an Franken für Wirtschaftsasylanten ausgeben, würde es uns Schweizer und den eingebürgerten Schweizer besser gehen. Wir wären von den Steuern befreit, wir wären von der Krankenkasse befreit. Aber, ich komme schon zum Schluss, wir haben ja Leute, die sagen, es sollen noch mehr kommen, noch mehr Fachkräfte. Aber es kommen die Falschen, sagt meine Schwesterpartei, die SVP.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Eric Weber, das ist der erste Ordnungsruf. Das hat nichts mit der Jahresrechnung zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich stelle Antrag auf Rückweisung der Jahresrechnung, ich stelle Antrag auf Nichteintreten. Ich stelle fest, unsere Bevölkerung ist tief gespalten und ich muss feststellen, es gibt nur noch zwei Lager. Ich kann gut in die Zukunft blicken und ich sage Ihnen, in 50 Jahren gibt es nur noch zwei Parteien, die SP und SVP, alles andere ist weg. Ich darf sagen, was ich denke als gewählter Grossrat, wir sind in keiner Diktatur, und ich stelle einfach fest, dass die kleinen Parteien alle verschwinden. Nehmen Sie als Beispiel alle, diese Läden, die verschwinden und die wir als Kinder gesehen haben. Es gab zehnmal mehr Coop- und Migros-Filialen, das ist alles weg.

Ich danke dem Vorredner der SVP. Wir haben zu viel Personal, weltweit sind wir an der Spitze in unserem Kanton mit dem Staatspersonal. Dann hat mein Vorredner auch die Social Media angesprochen. Da muss ich ihn aber beruhigen, die Regierung hat keine Klicks bei Social Media, das sind unbedeutende Klicks. Traurig ist, das haben Sie richtig gesagt, dass wir der kriminellste Kanton sind. Das sind wirklich Sachen, die einen nachdenklich stimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort geht an den Gerichtsrat Stephan Wullschleger. Er verzichtet auf ein Votum. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Vielen Dank für die konstruktive Diskussion. Auch die Voten, die zum Teil kritisch waren, nehmen wir gerne auf. Ich finde es eine gute Ebene, um zu diskutieren. Dabei muss ich wahrscheinlich Pascal Messerli etwas herausnehmen. Ich habe von Ihnen mitgenommen, dass wir eher schlechte Arbeit machen und einfach alles schönreden. Ich finde das etwas schwierig. Ich schätze es, wenn wir auf einer Ebene bleiben, wo wir konstruktiv sind und wirklich etwas verändern können, weil wir doch alle das gleiche Ziel haben, nämlich dass dieser Kanton lebenswert ist. Und wir haben ja die Rechnung 2025 vor uns, das ist ja das Schöne, da haben wir Fakten, da haben wir Zahlen.

Und eine Präzisierung, die ich noch anbringen möchte zu Daniel Seiler. Ich wollte damit nicht sagen, dass wir nun das Budget einfach so ausweiten, es ging mir darum, dass die Departemente zum Teil das Budget überschritten haben. Und es ist natürlich nicht korrekt, wenn wir zu tief budgetieren und nachher das Budget einfach überschritten wird. Das wollen wir so nicht, das heisst, das Budget muss eingehalten werden, muss realistisch budgetiert werden.



Ansonsten habe ich mir die Punkte aufgeschrieben, wir werden die Diskussion dann sicher beim Budget weiterführen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat die Präsidentin der BKK, Michela Seggiani. Sie verzichtet. Das Wort geht an den Präsidenten der FKom Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Auch von meiner Seite vielen Dank für die angeregte Diskussion. Die Voten waren in etwa, was den Inhalt bezüglich der Frage zu den Ausgaben und zu den Einnahmen anbelangt, vorhersehbar. Sie bilden ziemlich die Diskussion ab, die wir in der Finanzkommission dazu führen. Wir haben diese Diskussion nicht erst jetzt anlässlich der Rechnung 2025 geführt, wir haben sie auch schon beim Budget 2026 geführt, und ich bin sicher, wir werden sie auch in den kommenden Jahren weiterführen, auch weiterführen mit der Regierung, dem Finanzdepartement. Regierungsrätin Tanja Soland mahnt von Zeit zu Zeit nicht nur hier in diesem Hohen Hause, sondern auch in der Finanzkommission bezüglich diese Frage, wo wir bei den Ausgaben stehen, wo wir priorisieren. Es gibt diese Haltung auch des Regierungsrates, dass wir eine Situation haben, bei der wir eher bei den Ausgaben schauen müssen. Regierungsrätin Tanja Soland hat das heute auch noch einmal bestätigt. Und zu dieser Wahrheit gehört eben auch, das habe ich auch in der Vergangenheit schon wieder gesagt, dass auch wir als Parlament dies selbstverständlich in der Hand haben. Wir entscheiden letztlich über die Ausgaben und wenn wir ein ausgabenfreudiges Parlament sind, wenn wir es denn sind, dann sind wir es und dann muss auch der Regierungsrat damit arbeiten, dann bleibt ihm auch nichts anderes übrig.

Deshalb wird diese Diskussion auch über die langfristige Finanzplanung, wie sie Daniel Seiler angesprochen hat, sicher bestehen bleiben, diese Diskussion wird geführt werden müssen, sowohl in der Finanzkommission als auch im Regierungsrat als auch hier in diesem Plenum. Dafür hat der Regierungsrat ja auch konkrete Aufträge überwiesen bekommen seitens des Grossen Rates. Das ist beispielsweise diese Schärfung des Auftrags bei der generellen Aufgabenüberprüfung. Hier wird der Regierungsrat, das hat er auch der Finanzkommission zugesichert, mit Vorschlägen kommen, wie dies künftig vorstattengehen soll, in Übereinstimmung mit der Erfüllung der Motion von Tobias Christ und Konsorten. Das wird ein Thema sein, anlässlich dessen man sicher auch diese Diskussion vertieft führen kann über die künftige Ausgaben- und Aufgabenpolitik dieses Kantons.

Ich bin aber froh, dass Sie grossmehrheitlich die Rechnung und den Bericht der Finanzkommission zur Rechnung heute wohlwollend zur Kenntnis genommen haben und danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Damit ist die Eintretensdebatte abgeschlossen. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde von Eric Weber beantragt. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

0 Ja, 92 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009199, 24.06.26 11:17:57]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 92 Nein-Stimmen die Rückweisung nicht bewilligt.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Berichts der Finanzkommission. Zuerst behandeln wir die allgemeinen Kapitel 1 bis 4 des Jahresberichts und des Berichts der Finanzkommission. Danach kommen wir zu den einzelnen Departementen. Bei jedem Departement erhalten zuerst die Vorsteherin oder der Vorsteher des jeweiligen Departements das Wort, dann allfällige Fraktionsvotierende, danach Einzelvotierende und schliesslich nochmals die Vertreterin oder der Vertreter des Regierungsrats. Bei den Gerichten spricht der Präsident des Gerichtsrates.



Allgemeine Bemerkungen, Kapitel 1 bis 4 des Berichts der Finanzkommission sowie des Jahresberichts des Regierungsrats, ausser Kapitel 4.2. Wir kommen damit zu den Wortmeldungen. Das Wort geht an den Präsidenten der Finanzkommission, Joël Thüring. Er verzichtet. Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet ebenfalls. Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen.

Wir kommen damit zum Präsidialdepartement, Seite 28 des Berichts der Finanzkommission. Die Globalbudgets der Museen werden am Schluss bei der Beratung des Mitberichts der BKK behandelt. Das Wort hat der Regierungspräsident Conradin Cramer. Er verzichtet, ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen.

Bau- und Verkehrsdepartement, Seite 30 des Berichts der Finanzkommission. Hier gibt es auch keine Wortmeldungen.

Wir kommen zum Erziehungsdepartement, Seite 33 des Berichts der Finanzkommission. Hier hat Regierungsrat Mustafa Atici das Wort. Er verzichtet. Jessica Brandenburger hat sich eingetragen.

Jessica Brandenburger (SP): Beim ED fallen natürlich vor allem die hohen Stellvertretungskosten auf und wir schauen heute aus finanzpolitischer Sicht auf diesen Umstand. Aber eigentlich ist es kein finanzpolitisches Problem, denn hinter jeder Zahl stecken ja Menschen. Wir von der SP finden es alarmierend, wenn die Menschen, die unsere Kinder unterrichten, ausbrennen und im schlimmsten Fall den Beruf verlassen, weil sie nicht mehr können. Dass das ED nun genauer hinschauen will, finden wir richtig, das Problem ist nicht neu und es wurde unter der alten Führung des Departements vernachlässigt. Wir sind darum dankbar, dass Regierungsrat Mustafa Atici und sein Departement nun genauer hinschauen will und auch mit dem Datenschutz eine Lösung finden wird, wie man dieses Problem so auffangen kann, dass sich etwas ändert.

Und auch wir als Parlament müssen unsere Verantwortung wahrnehmen, auch wir müssen bereit sein, genauer hinzuschauen und zuzuhören und Probleme nicht einfach vom Tisch zu wischen und zu sagen, ja, reissen Sie sich zusammen oder so schlimm ist es auch nicht. Wenn Leute, die für uns arbeiten, sagen, es geht nicht mehr, dann müssen wir zuhören und da müssen wir vor allem auch etwas ändern. Ausserdem müssen wir auch bereit sein, die nötigen finanziellen Ressourcen aufzubringen. Es hilft nicht, einfach Geld auf ein Problem zu werfen, aber wenn es mehr Leute braucht oder strukturelle Änderungen, dann braucht es auch einen finanziellen Aufwand, den wir aufbringen müssen. Wir sind kein Land, das viele Rohstoffe zu bieten hat, was uns stark macht, sind unsere schlaunen Köpfe und wir fänden es gut, wenn wir bereits früh, also im Kindergarten und in der Primarschule damit anfangen, die Kinder zu fördern und auch die Personen, die das jeden Tag machen, zu unterstützen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb ist Anouk Feurer.

Anouk Feurer (GRÜNE/jgb): Beim Erziehungsdepartement fallen als erstes die spürbaren Kosten für Stellvertretungen auf, insbesondere bei den krankheitsbedingten Ausfällen an den Volksschulen. Es ist ein wichtiges Zeichen, dass das Departement nun damit beginnt, eine solide Datenbasis zu erarbeiten, um den Ursachen auf den Grund zu gehen. Allerdings müssen wir auch festhalten, im Jahr 2025 können wir die Nachwirkungen der Pandemie nicht mehr als alleinige Begründung heranziehen und dass eine Erklärung erst jetzt gesucht wird, ist auch etwas spät. Die Vergangenheit lässt sich aber nicht mehr ändern, deshalb wünschen wir uns für die Zukunft eine schnellere Reaktionszeit, gerade wenn es um die Gesundheit und Unterstützung unseres Lehrpersonals geht.

Ein Blick auf die Massnahmen zeigen Licht und Schatten. Dass im Primarschulbereich darauf geachtet wird, dass keine Lektionen ausfallen, ist sehr erfreulich. Idealerweise schaffen wir es hier künftig noch besser, diese Lektionen auch vollumfänglich gemäss Lehrplan durchzuführen. Auf der Sekundarstufe gibt es allerdings noch Optimierungspotenzial. Unterrichtsstunden ausfallen zu lassen, entlastet zwar das Budget und mag auch eine Freude für Schülerinnen und Schüler sein, aber längerfristig können wir uns diesen Verzicht im Sinne der Bildungsqualität kaum leisten. Unser gemeinsames Ziel sollte es sein, den hohen Stellvertretungskosten in erster Linie mit einem starken, proaktiven Gesundheitsmanagement zu begegnen, statt Unterrichtszeit zu reduzieren.

Ein zweiter Punkt, der uns beschäftigt, sind die Lehrmittelkosten. Trotz der erfreulichen Budgeterhöhung in der Vergangenheit hören wir im Austausch mit Lehrpersonen immer wieder, dass die Mittel vor Ort knapp sind. Das liegt vermutlich auch an einer uneinheitlichen Handhabung und an einer herausfordernden Kommunikation zwischen den autonomen Schulen und dem Departement. Beim damaligen Budgetantrag wurden die Kosten pro Kind und Schulstufe transparent ausgewiesen. Der Gedanke dahinter war, die gestiegenen Kosten durch die Teuerung und die neuen Lizenzgebühren direkt bei den Lehrmitteln abzufedern.

In der Finanzkommission haben wir nun erfahren, dass diese Gelder teilweise auch für die Eltern-App Klapp eingesetzt werden. Klapp ist wirklich ein praktisches Tool, es erleichtert die Kommunikation mit den Eltern, ist datenschutzkonform und



es wäre absolut begrüssenswert, wenn das ED diese App allen Schulen zentral zur Verfügung stellen würde. Aber eine Kommunikations-App ist halt kein Lehrmittel. Hier braucht es künftig eine saubere budgetäre Trennung, damit das Geld auch wirklich dort ankommt, wo die Kinder als erstes profitieren.

Schliesslich hat uns in der Kommission die Information überrascht, dass die interne Materialzentrale an der Münchensteinerstrasse eine Marge berechnet. Da es sich hier um eine departementsinterne Dienstleistung für unsere eigenen Lehrpersonen handelt, wäre es für uns hilfreich, die genauere Verrechnungslogik dahinter besser zu verstehen.

Investitionen in die Bildung sind Investitionen in die Zukunft. Damit dieses Geld aber auch die maximale Wirkung erzielt, müssen wir die Rahmenbedingungen für die Lehrpersonen stärken durch ein verlässliches Gesundheitsmanagement statt Unterrichtsausfällen und bei dem Budget klare Transparenz zeigen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Wir kommen damit zum Finanzdepartement. Auch hier habe ich keine Wortmeldungen eingetragen.

Wir kommen zum Gesundheitsdepartement, Seite 39 des Berichts der Finanzkommission. Wünscht Regierungsrat Lukas Engelberger das Wort? Er verzichtet. Als Fraktionssprecherin für die SP eingetragen hat sich Jessica Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Die Jahresrechnung des GD zeigt auf den ersten Blick ein erfreuliches Bild, die Kosten bleiben im Griff, das Betriebsergebnis liegt nur leicht über dem Budget. Doch hinter diesen Zahlen stecken strukturelle Fragen, die uns als Parlament beschäftigen müssen. Die Kosten in der Spitex und den Pflegeheimen steigen, und das aus gutem Grund. Die Bevölkerung altert und der Bedarf wächst. Dass die Ergänzungsleistungen für Pflegeheimbewohnende das Budget um über 4% übersteigen, ist kein Versagen des Departements, es ist Ausdruck einer Gesellschaft, die älter wird. Wir von der SP erwarten vom Departement, dass die Maximaltaxe für Betreuungskosten konsequent angewendet wird, damit Pflegebedürftige und ihre Familien nicht durch Gebühren belastet werden oder gar in eine Schuldenspirale rutschen.

Besonders kritisch sehen wir die rasante Zunahme kommerzieller Angehörigenpflege. Die Kosten haben sich innerhalb eines Jahres mehr als verdoppelt. Hier wurden offensichtlich Gewinne auf Kosten der öffentlichen Hand gemacht. Die Tarifiereduktion per Anfang 2026 finden wir deshalb richtig, aber es braucht mehr, echte Qualitätskontrolle, klare Standards und eine nationale Harmonisierung. Pflege darf kein Spekulationsfeld sein.

Bei den gemeinwirtschaftlichen Leistungen teilen wir die Kritik der Finanzkommission. 118 Einzelanträge intransparente Berechnungen und Institutionen, die mehr ausbezahlt bekommen, als sie beantragt haben, das ist kein Zustand, der so fortgeführt werden sollte. Staatsgeld muss nachvollziehbar fliessen. Wir erwarten, dass die angekündigten Überarbeitungen der Bemessungsmethoden rasch und ernsthaft erfolgen und den zuständigen Kommissionen transparent dargelegt werden.

Eine starke öffentliche Gesundheitsversorgung ist kein Luxus, sie ist soziale Sicherheit. Wir erwarten deshalb vom Departement klare Fortschritte bei der Transparenz, Qualitätssicherung in der Pflege und einen fairen Zugang zur Versorgung für alle Bevölkerungsgruppen. Dazu gehört auch, dass es nun endlich vorwärtsgeht bei der kantonalen Umsetzung der Pflegeinitiative.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb ist Anouk Feurer.

Anouk Feurer (GRÜNE/jgb): Beim Gesundheitsdepartement möchte ich drei spezifische Punkte herausgreifen, bei denen wir genau hinschauen möchten.

Erstens, der Markt der ambulanten Pflegedienstleister hat sich stark verändert, insbesondere im Bereich der Angehörigenspitex. Es ist sehr zu begrüßen, dass der Kanton hier bereits mit Anpassungen reagiert hat. Der Eindruck, dass es sich aber eher um einen undurchsichtigen Markt handelt, ist leider noch nicht ganz vom Tisch. Wir hoffen sehr, dass hier bald auch auf Bundesebene reagiert wird, um klare Regelungen zu schaffen, die die Situation bei pflegenden Angehörigen adäquat widerspiegeln.

Zweitens sorgt die Intransparenz bei den gemeinwirtschaftlichen Leistungen für Diskussionsstoff. Aus Sicht der Fraktion GRÜNE/jgb besteht hier dringender Regelungsbedarf. Das Ziel muss sein, dass unsere Spitäler fair und gleich behandelt werden, wo sie die gleichen Voraussetzungen mitbringen und differenziert dort, wo sie sich unterscheiden.

Drittens bereitet uns die Situation rund um die Spitalfreiheit in unserer Gesundheitsregion Sorge. Geografisch und im Alltag der Menschen sind Baselland und Basel-Stadt längst eine Region. Auf politischer Ebene gelingt es uns aber leider noch zu wenig, das abzubilden. Dass wir künftig keine gemeinsame Spitalliste mehr haben und Nachbarn aus der Region nicht mehr ohne weiteres in unsere Spitäler kommen können, wird der Realität nicht gerecht. Es muss das erklärte Ziel der



Gesundheitsdirektion beider Kantone sein, alles daran zu setzen, damit wir eine echte, funktionierende Gesundheitsregion bleiben.

Und lassen Sie mich hier nochmal einen Bogen zurück zum Eintretensvotum schlagen. Wir haben es bereits betont, für uns gilt klar, Klimaschutz ist Gesundheitsschutz. Die Auswirkungen der Klimakrise auf die Gesundheit der Basler Bevölkerung muss im GD eine viel zentralere Rolle spielen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich nehme die Hinweise der Debatte sehr gerne entgegen. Ich möchte einfach einen Punkt hier klarstellen, weil ich nicht möchte, dass sich das festsetzt. Es ist nicht entschieden, in Zukunft keine gemeinsamen, gleichlautenden Spitalisten mehr zu haben. Wir haben eine Vernehmlassung gehabt über einen Versorgungsplanungsbericht, in der dieses Konzept skizziert war, aber wir haben das zurückgenommen, auch aufgrund kritischer Hinweise in der Vernehmlassung und sind an einer Überarbeitung und ich darf BS-seitig selbstverständlich unterstreichen, dass wir weiterhin an gleichlautenden Spitalisten interessiert sind und auf dieses Ziel weiterhin hinarbeiten.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen.

Wir kommen nun zum Justiz- und Sicherheitsdepartement, Seite 41 des Berichts der Finanzkommission. Regierungsrätin Stephanie Eymann verzichtet. Als Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb eingetragen hat sich Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Beim Justizdepartement möchten wir insbesondere auf die aktuelle Situation bei der Polizei eingehen. Der Sollbestand beim Personal ist nach wie vor nicht erreicht, wir haben es gehört. Angesichts der Tatsache, dass vergangenes Jahr für die Polizei ein ausserordentliches Jahr war, geprägt von zahlreichen Grossveranstaltungen, gebührt dem gesamten Polizeikorps ein besonderer Respekt. Es ist daher richtig, dass die Anzahl der Aspirantinnen und Aspiranten auch in den kommenden Jahren konstant hochgehalten wird mit rund 50 neuen Rekrut:innen pro Jahr.

Ebenso unterstützt die Fraktion GRÜNE/jgb die Bemühungen, gezielt Frauen zu rekrutieren. Wir möchten aber anregen, dass der Hauptfokus zurzeit darauf liegt, das Arbeitsumfeld bei der Polizei zu verbessern. Die im Bericht der GPK geschilderten Vorfälle sind schockierend. Es wird nicht reichen, einfach Frauen zu rekrutieren, es wäre auch den Frauen gegenüber nicht fair, sie einzustellen, damit das Betriebsklima besser wird. Es ist darum auch primär eine Frage der Reihenfolge. Die Kultur muss zuerst geändert werden, damit die Rekrutierung nachhaltig wirkt.

Ein weiterer Sorgepunkt ist die hohe Zahl an anstehenden Pensionierungen. Dies wird die ohnehin schwierige Situation verschärfen. Und a propos Pensionierungen, hier geht mein Blick zu Departementsvorsteherin: Die Fraktion GRÜNE/jgb würde es begrüssen, wenn die Departementsvorsteherin zeitnah über die Personalie des Polizeikommandanten informiert, er ist ja bereits deutlich über dem Pensionsalter.

In einem gewissen Zusammenhang mit der Unterbesetzung sehen wir auch den Rückgang bei den Bussgeldern, das sei hier auch noch erwähnt. Es wurden dieses Jahr deutlich weniger Bussgelder eingenommen, 2,7 Millionen insgesamt als in den Vorjahren. Dies ist nicht nur für die Kantonskasse ein Problem, sondern betrifft auch die Sicherheit. Parkierte Fahrzeuge auf Trottoirs können ein Ärgernis und eine Gefahrenstelle und, besonders aktuell und im Einklang mit dem Eintretensvotum von Anouk Feurer, auch eine Hitzequelle sein. Mag dies auch weniger gravierend sein als ein Raubüberfall, eine konsequente Ahndung von Falschparkiererinnen und Falschparkieren ist essenziell für die Verkehrssicherheit und für die Lebensqualität in der Stadt. Wir wünschen uns daher, dass auch dies die notwendige Aufmerksamkeit erhält.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Sie wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Fordern Sie in Zukunft auch mehr Polizeieinsatz gegenüber Velofahrern, die sich nicht an die Regeln halten?

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Ich nehme das «sehr» zurück von vorhin, immer dort, wo es die Verhältnismässigkeit gebührt.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen.



Wir kommen damit zum Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Seite 47 des Berichts der Finanzkommission. Ich habe auch hier keine Wortmeldungen eingetragen.

Wir kommen damit zu den Gerichten, Seite 52 des Berichts der Finanzkommission. Auch hier habe ich keine Wortmeldungen eingetragen.

Damit kommen wir zu den Behörden und Parlament, Seite 55 des Berichts der Finanzkommission. Auch hier habe ich keine Wortmeldungen eingetragen.

Dann kommen wir zum Regierungsrat, Seite 55 des Berichts der Finanzkommission. Hier hat Regierungspräsident Cramer das Wort, auch er verzichtet. Damit ist die Detailberatung des Berichts der Finanzkommission abgeschlossen.

Wir kommen damit noch zur Detailberatung des Mitberichts der Bildungs- und Kulturkommission. Globalbudget Museum, hier hätte die Präsidentin der BKK das Wort. Auch sie verzichtet. Auch sonst habe ich keine Wortmeldungen eingetragen.

Wir kommen damit zum Grossratsbeschluss zur Jahresrechnung 2025 und zur Schlussabstimmung über die Jahresrechnung. Die Finanzkommission beantragt dem Grossen Rat, die Jahresrechnung 2025 des Kantons Basel-Stadt, bestehend aus der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung sowie der Bilanz per Ende letzten Jahres zu genehmigen. Die Geldflussrechnung, der Eigenkapitalnachweis und der Anhang zur Jahresrechnung werden ebenfalls genehmigt. Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Antrag zustimmt und die Jahresrechnung 2025 genehmigt, stimmt JA, wer die Genehmigung ablehnt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009201, 24.06.26 11:36:43]

Der Grosse Rat beschliesst

Zustimmung zur Jahresrechnung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben die Jahresrechnung 2025 mit 92 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und keiner Enthaltung genehmigt.

9. Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2025 des Regierungsrats

[24.06.26 11:36:59, 26.5189.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Geschäftsprüfungskommission beantragt, die Jahresberichte des Regierungsrates, des Gerichtsrates und der Gerichte zu genehmigen. Ausserdem beantragt sie, ihre Empfehlungen und Erwartungen zu den vorliegenden Berichten in zustimmendem Sinne zur Kenntnis zu nehmen und ihren Bericht zu genehmigen. Die Sachkommissionen des Grossen Rates haben auf eine schriftliche Stellungnahme zum Jahresbericht verzichtet. Ich gebe Ihnen bekannt, wie wir bei diesem Geschäft vorangehen.

Zuerst erfolgt eine allgemeine Debatte über den Bericht der GPK und den Jahresbericht, in welcher zunächst der Präsident der Geschäftsprüfungskommission das Wort erhält. Anschliessend sprechen die Präsidien allfälliger Sachkommissionen, sofern sie das Wort wünschen. Dann erhalten der Vertreter des Regierungsrats, also der Regierungspräsident, und der Vorsitzende des Gerichtsrates das Wort, anschliessend die Fraktionen je maximal 10 Minuten und die Einzelvotierenden je maximal 5 Minuten. Das erste Schlusswort zum Eintreten hat der Vorsitzende des Gerichtsrates, das zweite der Regierungspräsident und das ultimative Schlusswort wieder der Präsident der Geschäftsprüfungskommission. Nach dem



Eintreten folgt eine departementsweise Detailberatung. Am Schluss folgt dann die formelle Beratung des Grossratsbeschlusses auf Seite 63 des Berichts der GPK und die Schlussabstimmung.

Gibt es zu diesem Ablauf Wortmeldungen? Der Grosse Rat beschliesst stillschweigend, wie vom Präsidenten vorgeschlagen, vorzugehen. Das Wort hat nun der Präsident der GPK Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Auch in diesem Jahr präsentieren wir Ihnen unseren Rechenschaftsbericht sowie unseren Bericht zum Jahresbericht des Regierungsrates. Der Rechenschaftsbericht, also der erste Teil unseres Berichtes, ist kürzer ausgefallen als sonst, denn wir waren stark mit der Erarbeitung von zwei Spezialberichten beschäftigt und haben darüber nun separat berichtet. Dafür war die Auseinandersetzung mit dem Jahresbericht dieses Mal besonders ergiebig und die GPK hat insgesamt 36 Feststellungen, 55 Empfehlungen und 18 Forderungen an den Regierungsrat formuliert. Keine Sorge, ich werde jetzt nicht jeden einzelnen dieser 109 Punkte erläutern, zwar besteht in diesem hohen Hause kein Risiko, dass die Decke uns auf den Kopf fällt, aber da ich nun alleine noch zwischen Ihnen und der Mittagspause stehe, erscheint es mir ratsam, relativ prägnant zu sein und ich versuche um 12 Uhr fertig zu sein. Sie haben unseren Bericht und die Medienberichte dazu auch lesen können.

Hinzu kommt, dass unsere Feststellungen, Empfehlungen und Forderungen jeweils auch vom Regierungsrat und den betroffenen Verwaltungseinheiten meist sorgfältig geprüft werden. Wir erhalten als GPK zu den Ergebnissen dieser Prüfung jeweils ein paar Monate nach der Publikation unseres Berichtes ein ausführliches Schreiben. Meine Aufgabe, Ihnen unseren Bericht vorzustellen, verstehe ich in diesem Kontext so, dass ich bei meinen Ausführungen auf einige besonders wichtige Feststellungen eingehen werde.

Zuallererst zum Legislaturplan des Regierungsrates 2025 bis 2029: Wir waren verärgert, als wir diesen zur Kenntnis genommen haben. Er widersprach unserer klar und deutlich formulierten Erwartungshaltung. Der Legislaturplan ist gerade mal elf Seiten lang und ist voll mit schönen Fotos von Zielen. Ob und wie der Regierungsrat diese erreicht oder nicht, war wenig zu sehen, von quantitativ messbaren Zielen gar nichts. Immerhin hat der Regierungsrat auf unsere Nachfrage hin seine konkreten Massnahmepakete zu diesem Legislaturplan publik gemacht, was ein gewisses Controlling ermöglicht. Diese Massnahmepakete finden Sie im Anhang unseres Berichtes.

Diesbezüglich sind unsere Forderungen als GPK sehr klar. Diese Massnahmepakete sollen in Zukunft mit dem Legislaturplan publik gemacht werden. Nach wie vor ein Anliegen wären uns klare, messbare Ziele und damit verbunden eine Kultur, in der der Regierungsrat als Ganzes wie auch die sieben Departementsvorsteherinnen und Departementsvorsteher sich öffentlich zu Beginn einer Legislatur klare Ziele geben und dann Rechenschaft ablegen über getroffene Massnahmen sowie ihre Handlungen im Umgang auch mit überraschenden Komplikationen und Problemen. Es gibt also Fortschritte, wir sind aber noch nicht am gewünschten Punkt. Ich erlaube mir an dieser Stelle auch ein Appell an uns alle hier, messen wir Regierungsrätinnen, Regierungsräte und Verwaltungseinheiten nicht einfach nur in performativen Fähigkeiten und ihren Fehlern und Schwächen, sondern auch daran, wie klar ihre Ziele sind, wie sie diese verfolgen und wie viel sie letztlich im Interesse unseres Kantons bewegen.

Ein zweites Schwerpunktthema unseres Berichtes ist die organisierte Kriminalität und konkret die Geldwäscherei im Zusammenhang mit sogenannten Fassadenbetrieben. Gemeint sind damit Unternehmen, die einen wesentlichen Teil ihrer Einnahmen nicht mit ihrer offiziellen Geschäftstätigkeit erzielen. Aufgrund von Medienberichten, eigener Beobachtung und diverser Rückmeldungen aus der Bevölkerung kamen wir zum Eindruck, dass es in Basel mutmasslich viele solche Betriebe gibt. Dafür gibt es klassische Beispiele wie Barbershops, Nagelstudios, Shisha-Bars und Cafés mit geringem Umsatz, dabei ist aber auch klar, bei weitem nicht jeder Betrieb der genannten Sorte in den genannten Branchen macht wenig Umsatz und betreibt Geldwäscherei, und es findet mit Sicherheit auch Geldwäscherei durch Geschäfte statt, bei denen man dies nicht unbedingt auf den ersten Blick vermuten würde.

Auf jeden Fall haben wir der Staatsanwaltschaft hierzu einige Fragen und Rückfragen zukommen lassen. Erschreckend war aus unserer Sicht, dass nach Aussagen der Staatsanwaltschaft aufgrund von Hinweisen aus der Kantonspolizei im letzten Jahr kein einziges Verfahren gegen einen sogenannten Fassadenbetrieb eröffnet worden ist. Die einzigen Verfahren, die die Staatsanwaltschaft im letzten und diesem Jahr wegen Geldwäscherei verfolgt hat, stehen im Zusammenhang mit Widerhandlungen gegen das Geldspielgesetz. Zuletzt hat die Staatsanwaltschaft am 28. Mai dieses Jahres gemeinsam mit der Kantonspolizei im Kanton Basel-Stadt eine grössere, konzentrierte Aktion wegen Verdachts auf gewerbs- und bandenmässige Widerhandlungen gegen das Geldspielgesetz sowie auf gewerbs- und bandenmässige Geldwäscherei durchgeführt.

Aber von Geldwäscherei im Zusammenhang mit Fassadenbetrieben war nirgends die Rede. Wir wollen hier nicht entweder der Kantonspolizei oder der Staatsanwaltschaft den schwarzen Peter verteilen, wir erwarten einfach, dass man diese Problematik gemeinsam angeht, auch im Zusammenhang mit anderen in diesem Kontext wichtigen Akteuren wie zum Beispiel mit bestimmten Abteilungen der Steuerverwaltung oder dem Amt für Wirtschaft und Arbeit. Wichtig ist uns dies auch,



weil mit der Geldwäscherei auch andere Formen der organisierten Kriminalität sowie auch der kleinen Kriminalität oft verbunden sind.

Zur Staatsanwaltschaft haben wir in unserem diesjährigen Bericht auch noch einige weitere Empfehlungen formuliert. So empfehlen wir im Rahmen der neuen Geschäftsverwaltung ein Kennzahlensystem einzuführen, das eine parlamentarische Wirkungskontrolle der eingesetzten Ressourcen ermöglicht. Dass nicht schon längst ein solches Kennzahlensystem besteht, hat uns ein wenig irritiert. Wir empfehlen zudem, die Schaffung eines regionalen Kompetenzzentrums für die digitale Forensik zu prüfen und wir fordern auch ein, im Rahmen der sogenannten Reorganisation der Staatsanwaltschaft, kurz REOS, die Aufsichtskommission der Staatsanwaltschaft in ihren Mitteln und Ressourcen zu stärken.

Etwas, das bei unserem Bericht sichtbar auch ins Auge sticht, sind die Zahlen zum externen Personal, das bei IT BS tätig ist. Ausgehend von Budgetüberschreitungen bei IT BS haben unsere Nachfragen ergeben, dass im vergangenen Jahr insgesamt 172 Externe bei IT BS gearbeitet haben, das waren 41 mehr als im Vorjahr, von diesen 172 waren 100 im Rahmen von Projekten im Einsatz und 72 im operativen Betrieb. Das heisst, diese 72 waren ausschliesslich für IT BS tätig. Die 100 Projektangestellten sind schon auch sehr viel, aber diese bereiten uns insofern weniger Sorgen, als es ganz offensichtlich branchenüblich ist, dass bei Projekten viele Externe zum Zug kommen. Sinnvollerweise sind das oft Leute, die bereits an ähnlichen Projekten in anderen Gebietskörperschaften beteiligt waren. Die 72 im operativen Betrieb tätigen, werfen aber grundsätzliche Fragen auf und das bringt auch Herausforderungen mit sich. Diese haben wir in unserem Bericht klar aufgelistet. Zu nennen sind die mögliche Umgehung des Personalgesetzes und des Lohngesetzes, die Gewährleistung des Know-how-Transfers, das verstärkte Risiko von Interessenkonflikten der externen Fachpersonen, die langfristige Abhängigkeit des Kantons im operativen Betrieb von Externen und auch grundsätzlich Fragen zur Wettbewerbsfähigkeit des Kantons als Arbeitgeber in der IT. Wir empfehlen daher eine grundsätzliche Überprüfung der externen Dienstleistungen bei IT BS. Die von uns wesentlich mit angestossene Zentralisierung der IT unterstützen wir weiterhin explizit. Bei diesem notwendigen Prozess ist aber sehr wichtig, die Nutzerdepartemente und ihre IT-Abteilung frühzeitig in die Projektplanungen einzubeziehen. Wir erwarten zudem eine regelmässige Berichterstattung über den Projektfortschritt.

Bei der IT bereiten uns zudem Fragen der Systemstabilität Sorgen. Ich habe jetzt auch persönlich nach der Publikation unseres Berichts einige Meldungen bekommen, von Verwaltungseinheiten, bei denen es immer wieder vorkommt, dass sie längere Zeit nicht arbeiten können, zum Teil tagelang, weil gewisse IT-Funktionen nicht funktionieren. Es ist schwierig zu sagen, wer da zuständig ist, aber das wirft doch auch grundsätzliche Fragen auf.

Ins Auge gesprungen ist uns bei der Lektüre des Regierungsrates der Rückgang der Steuererträge bei den natürlichen Personen. Da wir aus der Bevölkerung recht viele Meldungen über stark verspätete Steuerveranlagungen hatten, haben wir uns die Frage gestellt, ob dieser Rückgang auch damit in Zusammenhang steht. Hauptgrund für den Rückgang sind die Auswirkungen der Steuersenkung, die wir hier im Grossen Rat und die Basler Bevölkerung beschlossen haben, und ein Einmaleffekt bei den Quellensteuern hier ansässiger Personen. Daneben ist es aber tatsächlich so, dass nach Aussagen des Finanzdepartements ein bestimmter Rückstand bei den Steuerveranlagungen von ca. zwei bis drei Monaten besteht. Die Verspätungen bewegen sich in einem rechtskonformen Rahmen, trotzdem wirkt es ärgerlich, wenn 23% der eingegangenen Veranlagungen für das Steuerjahr 2024 per Ende März 2026 noch nicht veranlagt wurden, auch wenn natürlich manche der noch nicht veranlagten erst im September 2025 ihre Steuererklärung eingereicht haben.

Klar ist, die Umstellung auf die Individualbesteuerung wird bei der Steuerverwaltung zumindest einmalig zu sehr viel Zusatzaufwand führen. Deswegen ist wichtig, dass der Rückstand bei den Steuerveranlagungen bis dahin möglichst vollständig abgebaut worden ist. Um dieses Ziel zu erreichen, empfehlen wir als GPK verstärkte Massnahmen wie automatische Veranlagung oder das vermehrte Ausnutzen der vielfältigen Möglichkeit der eingesetzten Software NEST.

Beim Erziehungsdepartement ging es uns dieses Mal schwergewichtig um den Hitzeschutz und die Gesundheitssituation der Lehrpersonen. Die Zahl der Hitzetage hat in den letzten Jahren zugenommen. Dies beeinträchtigt nachweislich die Leistungsfähigkeit von Schüler:innen wie auch von Lehrpersonen. Das gilt ganz besonders dann, wenn die baulichen Gegebenheiten besonders ungünstig sind. Dem Hitzeschutz und den notwendigen baulichen Anpassungsmassnahmen an die Klimaerwärmung wurde und wird zu wenig Gewicht beigemessen. Es braucht aus unserer Sicht wirksame Massnahmen, die nicht zu einer Mehrbelastung von Lehrkörpern und Schulhausleitungen führen. Bei möglichen kurzfristigen Massnahmen, wie zum Beispiel dem Einbau von Ventilatoren in besonders betroffenen Schulzimmern, ist allein das Erziehungsdepartement in der Pflicht, in Bezug auf grössere bauliche Massnahmen, also wir denken dabei an Kühlsysteme und sanfte Formen der Klimatisierung, braucht es im Rahmen des Drei-Rollen-Modells auch eine interdepartementale Zusammenarbeit und das aktive Mitwirken des Bau- und Verkehrsdepartements sowie von Immobilien Basel-Stadt im Finanzdepartement.

Aufgrund zahlreicher Rückmeldungen aus der öffentlichen Verwaltung nach Publikation unseres Berichtes möchte ich mir hier auch eine persönliche Bemerkung erlauben. Nicht nur bei den Schulen besteht Anpassungsbedarf an die Klimaerwärmung und beim Hitzeschutz. Auch bei Erwachsenen wirkt die grosse Hitze belastend und deutlich leistungsmindernd, zumindest müsste man in den nächsten Jahren systematisch Räumlichkeiten anschauen, in denen es besonders heiss werden kann.



Alarmierend sind, und darauf hat auch schon die Finanzkommission in ihrem Bericht zu Recht hingewiesen, die vielen krankheitsbedingten Absenzen von Lehrpersonen. Die Ursachen für dieses Phänomen sind noch nicht hinreichend klar. Als GPK empfehlen wir mit Unterstützung der Sozialpartner und mittels einer anonymisierten Befragung der Lehrpersonen zu eruieren, wo die besonderen Belastungen für die Lehrpersonen liegen und wie sie entschärft werden können.

Bei den Gerichten haben wir uns dieses Jahr insbesondere mit dem FU sowie dem Jugendgericht beschäftigt. Wir verhehlen nicht, dass es im Berichtsjahr zwischen dem Gerichtsrat und dem Jugendgericht zu Friktionen gekommen ist und ein gewisses Misstrauen entstanden ist, ohne hier auf die Einzelheiten eingehen zu wollen. Auf jeden Fall empfehlen wir, die institutionelle Einbindung von FU und Jugendgerichten im Gerichtsrat im Rahmen der geltenden Bestimmung zu überprüfen, damit diese trotz ihrer geringen Grösse angemessen an Entscheidungen des Gerichtsrats partizipieren können. Ferner hält die GPK eine stärkere organisatorische Anbindung des Jugendgerichts an das Strafgericht für eine Option zur Bewältigung der Herausforderungen im Gerichtsbetrieb.

Zuletzt ist es mir nun ein Anliegen, dem Regierungsrat, dem Gerichtsrat sowie der öffentlichen Verwaltung für die meist sehr angenehme und stets sehr konstruktive Zusammenarbeit zu danken. Ein Dank gilt auch den Kleeblattdiensten, also neben unserem Parlamentsdienst der Ombudsstelle, der Finanzkontrolle und der Datenschutzbeauftragten. Alle sind für uns wichtige Partnerinnen und Partner, die sehr gute Arbeit leisten und mit denen wir eng und gut zusammenarbeiten. Ein Dank gilt schliesslich auch meinen 12 Kommissionskolleginnen und -kollegen für die grosse Arbeit, die sie im letzten Jahr einzeln und im Team geleistet haben. Das war ein Bravourritt mit diesen zwei Spezialberichten und jetzt dem Jahresbericht. Es haben uns schon einige langjährige Kommissionsmitglieder und wichtige Stützende der GPK verlassen, zwei weitere werden es nach den Sommerferien auch noch tun. Trotzdem sind und bleiben wir auch in Bezug auf unsere eigene Kommissionsarbeit zuversichtlich und das hat viel zu tun mit einer Person, der ich im Namen aller Mitglieder der GPK auch an dieser Stelle und im ganzen Plenum unseren ausdrücklichen Dank aussprechen möchte, unserer absolut herausragenden Kommissionssekretärin Kathrin Pavic.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Mit dem Dank möchte ich auch gerne weiterfahren bzw. ihn auch erwidern. Der Regierungsrat dankt ausdrücklich der Geschäftsprüfungskommission für den Bericht und für die grosse Arbeit im vergangenen Jahr. Wir haben gelesen, 78 ordentliche Sitzungen mit 16 Anhörungen, das ist eine grosse Arbeit für ein Milizamt und ich glaube, das verdient wirklich höchsten Respekt, dass Sie diese Arbeit leisten.

Der Regierungsrat freut sich, dass die GPK in ihrem Bericht ihm überwiegend gute Arbeit bescheinigt, vor allem natürlich auch den vielen Mitarbeitenden in der Verwaltung, auch dafür möchte ich danken. Zum andern danke ich auch für die kritischen Feststellungen und die Empfehlungen der GPK, für die Hinweise, wo wir uns verbessern können und verbessern müssen, wir sind bereit, natürlich aus diesen Hinweisen und Erkenntnissen zu lernen und Empfehlungen zu prüfen und dann auch umzusetzen.

Die GPK gibt uns auch in diesem Jahr Anregungen, konkret sind es 36 Feststellungen, 55 Empfehlungen und 18 Forderungen. Ich kann jetzt in diesem einleitenden Votum nicht auf alle diese Hinweise eingehen, das ist auch jetzt nicht der Zeitpunkt, der Regierungsrat wird das ja schriftlich dann machen im September. Ich möchte auf drei Punkte eingehen, die die GPK in ihrer Medienmitteilung auch speziell hervorgehoben hat und die der Präsident in seinem Votum jetzt auch nochmals beleuchtet hat.

Zunächst zum Legislaturplan 2025 bis 2029. Zu diesem Thema steht der Regierungsrat in einem konstanten Austausch mit der GPK und die GPK hat zuletzt mehrfach moniert, dass eben Ziele im Legislaturplan zu wenig verbindlich formuliert seien und es zu wenig messbare Indikatoren gebe. Nun hat der Regierungsrat im neuen Legislaturplan durchaus konkrete Massnahmenpakete definiert. Der Regierungsrat stellt fest, dass die GPK dies ja auch begrüsst, er stellt auch fest allerdings, dass die GPK irritiert war über die Gestaltung, über die Verkürzung des Legislaturplans. Und um hier einem möglichen Missverständnis vorzubeugen: Der Regierungsrat hat seinen ausführlichen Legislaturplan mit den konkret formulierten Massnahmenpaketen von Beginn an online publiziert. Im Unterschied zu den letzten Jahren verzichten wir aber neu auf eine Printpublikation des ganzen Dokuments in der langen Version. Das ganze Dokument ist also nur noch online publiziert und in der Printform gibt es eben diese Kurzfassung. Klar, das Ziel ist damit auch, Ressourcen zu schonen. Wir werden auch weiterhin unsere konkreten Massnahmenpakete publizieren, so wie die GPK das zu Recht von uns erwartet, so eben, dass der GPK auch ein Controlling darüber möglich ist, wie wir seitens Regierungsrat, seitens Verwaltung unsere Ziele erreichen.

Dann zu einem weiteren Thema, das die GPK in ihrem Bericht aufgreift und das ja auch jetzt in der Debatte zum Rechnungsbericht der Finanzkommission schon thematisiert wurde, nämlich zum Gesundheitsschutz an den Schulen. Konkret geht es um die Zahl von Krankheitstagen bei Lehrpersonen und um den Hitzeschutz an den Schulen. Zunächst zum Hitzeschutz. Das Thema ist virulent und in diesen Tagen natürlich nochmals besonders stark bewusst. Und auch wenn wir nun vor den grossen Sommerferien stehen und das Entlastung an den Schulen bringt, ist das Problem damit



selbstverständlich nicht gelöst. Aktuell setzt der Kanton verschiedene Massnahmen um, mit denen die Hitze in den Schulzimmern im Sommer reduziert werden soll. So wird neu während besonders heissen Phasen an den Mittel- und Berufsschulen sowie an zwei Sekundarschulen nachts und frühmorgens systematisch gelüftet. Dann testen wir während der Sommerferien an verschiedenen Schulstandorten, was mit Anpassungen an bestehenden Lüftungsanlagen erreicht werden kann, auch die Wirkung von Deckenventilatoren wird geprüft. Da ist also einiges schon im Gang im Sinne von kurzfristigen Massnahmen, langfristigen Massnahmen natürlich sind dann auch zu ergreifen.

Zur Anzahl von Krankheitstagen von Lehrpersonen: Dem Regierungsrat ist die steigende Zahl von Krankheitstagen von Lehrpersonen sehr bewusst. Diese Entwicklung bereitet auch uns Sorgen. In einem ersten Schritt soll eine Umfrage nun zeigen, was zu diesen Krankheitsfällen führt und die Analyse dieser Ergebnisse soll dann ermöglichen, zielgerichtete Massnahmen zu entwickeln.

Und drittens schliesslich noch zu einem Thema aus dem IT-Bereich, das die GPK in ihrem Jahresbericht aufgreift, in der Medienmitteilung erwähnt und jetzt auch der Präsident der GPK nochmals mündlich aufgegriffen hat. Es geht um die Anzahl externer Mitarbeitenden bei IT BS. Hier empfiehlt ja die GPK, die externen Dienstleistungen zu überprüfen. Tatsächlich ist es so, dass IT BS im letzten Jahr auf die Expertise von mehr externen Mitarbeitenden zurückgegriffen hat als im Vorjahr. Dies ist mit Grossprojekten zu erklären, die derzeit umgesetzt werden. Dazu zählt vor allem Infra 21 Plus, das ist die Modernisierung der gesamten Informatikbasisstruktur. Projekte dieser Art fordern vorübergehend einen grossen Einsatz von Fachleuten. Wir haben aber auch gehört, es geht der GPK nicht nur um die projektbezogenen externen Mitarbeitenden. Entsprechend nehmen wir die Empfehlung ernst und werden das Ausmass der externen Dienstleistungen gezielt prüfen.

Wie schon gesagt, wird sich der Regierungsrat gegenüber der GPK wie üblich dann im Herbst ausführlich und schriftlich zu allen Empfehlungen äussern. Bis zum kommenden Frühjahr wird der Regierungsrat gegenüber der GPK eine Standortbestimmung vornehmen und festhalten, wo wir bei der Umsetzung der Empfehlung stehen. Mit nochmaligem Dank an die grosse Arbeit der GPK freue ich mich jetzt auf die Debatte.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Da es bereits 12 Uhr ist, schliesse ich die Sitzung jetzt und wir fahren um 15 Uhr weiter. Ich habe die Rednerliste aufgenommen, all jene, die bereits das Kärtchen herausgezogen haben, sind selbstverständlich nicht mehr auf der Rednerliste, aber ich habe es bereits vorab notiert.

Schluss der 21. Sitzung

12:01 Uhr